

Auch ein ehemaliges Hamburger SDS-Mitglied:

Reinhold Oberlercher, Rechtsextremist, „Reichsbürger“

Zu den Mitgliedern des Hamburger SDS in den späten 60er Jahren gehörte auch Reinhold Oberlercher, geboren 1943 in Dresden. Heute ist Oberlercher einer der prominentesten Theoretiker der extrem rechten, nationalistischen, antisemitischen und rassistischen Szene Deutschlands. Wie andere sogenannte „Reichsbürger“ meint auch er, das „Deutsche Reich“ sei juristisch nicht untergegangen, die Existenz der Bundesrepublik mangels fehlender nationaler Souveränität nicht anzuerkennen, sondern baldmöglichst durch ein den wahren Volkswillen repräsentierendes „4. Reich“ zu ersetzen. Man kann nur ahnen, wie es dem deutschen Volk und seinen Nachbarvölkern mit einem solchen Reich erginge.

Vielen erscheint der politische Weg des O. buchstäblich, wie man zu sagen pflegt, von einem Extrem ins andere fallend, jedenfalls vernünftig kaum zu erklären. Nicht wenige Vertreter der konservativen, in Deutschland meist herrschenden „Mitte“ sehen in dieser Karriere jedoch einen weiteren lebenden Beweis für die alte These, dass radikales Linkssein und Rechtsextremes sich trotz offizieller Feindseligkeit ganz nahe seien. Der belesenere Teil der Mitte sucht und ruft gern das Zeugnis von Jürgen Habermas und seiner 1967 in der Erregung geäußerten These vom „Linksfaschismus“. Die war für Linke nicht schön, aber auch nicht stichhaltig und hat, nachdem sie von Habermas zurückgezogen worden war, allenfalls als beliebiges Stereotyp überlebt. Heute endlich, wo Rechtsextreme, ja Faschisten wieder in Parlamenten sitzen und ihre bewaffneten Mitläufer morden, fordern sogar aufgeklärte Konservative, es müsse Schluss sein mit der Gleichsetzung von links und rechts.

Man kann die Psychologie oder die Psychoanalyse von Grenzgängern wie Oberlercher heranziehen, es aber auch sehr viel schlichter betrachten: In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre war der SDS der lauteste, scharfsichtigste und der radikalste Wortführer der rebellierender Studenten, Schüler und Auszubildenden. Genau deshalb war er jedoch auch Anziehungs- und Sammelpunkt aller, die, oft nicht mit Herz und Seele links, trotzdem „keine halben Sachen“ machen wollten. Niemand, der sich dazugehörig fühlte oder manchmal als „SDS-Genosse“ auftrat, wurde 1968 – also auf dem Höhepunkt des Verbandes, aber auch nur just drei Jahre vor seiner Selbstaflösung - genauer befragt, woher er komme und vor allem wohin er wolle. Es gab noch nicht einmal mehr obligatorisch kontrollierte Mitgliedsbeiträge, geschweige denn ein verbindliches Programm.

Auch Reinhold Oberlercher schloss sich in Hamburg, vorher im geteilten Deutschland hierhin und dorthin mäandernd, dem SDS an. Oftmals erschien er, auch den eigenen Verbandsgenossen, zuerst etlichen Frauen unter uns, in seinen Auftritten übertrieben exaltiert, geltungssüchtig in das ganz Große und in die Gewalt verliebt und - vor allem in sich selbst. Aber niemand hinderte ihn daran. Er redete besonders häufig, besonders provokant, besonders labyrinthartig - gegen die kapitalistischen Warenbeziehungen und Entfremdung oder was immer ein jeder darunter verstand. Oberlercher war nicht der einzige Aktivist, den 1968 einfach keine Zeit war zu fragen, was er wirklich will. Aber kaum einer hätte darauf mit weniger Selbstzweifel und mit weniger Empathie geantwortet als er.

Oberlercher hat angefragt, ob er auf dieser Website über sich selbst schreiben könne. Wir haben über diesen Wunsch ausführlich diskutiert und ihn abgelehnt. Wir wollen eine offene, ungeschönte und keineswegs selbstreferenzielle und rechtfertigende Diskussion über 1968 und unsere eigene Rolle darin.

Wir wollen aber nicht, wie so viele sogenannte soziale Medien, ein Tummelplatz für Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus sein, die wir – in Vielem vielleicht sonst nicht einig - auch heute noch entschieden ablehnen. Noch entscheidender aber ist, dass O. seine heutigen Positionen selbst nicht als Bruch sieht, sondern offenbar als Kontinuum einer, wie er sich selbst definiert, „national-marxistischen“ Sichtweise, eine Art Berufung oder Vorsehung, die ihn seit Jugend antreibt und er nur konsequent weiterentwickelt hat.

Abgesehen davon, dass es angesichts ähnlicher Lebenswege von Horst Mahler und anderer wenig glaubhaft wäre, gibt es für uns aber auch keinen Grund, das „ehemalige SDS-Mitglied R. Oberlercher“ zu verschweigen. Deshalb haben wir eine weitgehend sachliche und objektiv recherchierte Darstellung von dritter Seite gesucht.

Ob Manuel Seitenbechers Buch („Mahler, Maschke und Co.“, 2013, Paderborn) das u.a. auch eine biografische Skizze auch über O. enthält, genügend zutreffende Aufschlüsse liefert, müssen die LeserInnen selbst beurteilen.

Obwohl Seitenbechers Publikation den griffigen Untertitel trägt „*Rechtes Denken in der 68er Bewegung?*“ geht er dieser Frage, anders als viele abstrakte und überwiegend ahistorische Totalitarismus-Theorien nicht versessen nach. Er sucht eher, erfreulich dokumentarisch und nüchtern, nach Erklärungsversuchen in den lebens- und familiengeschichtlichen Brüchen Oberlerchers und den beruflichen, als politisch motiviert und insgeheim verletzend empfunden Zurückweisungen.

Mit freundlicher Genehmigung des Autors von „Mahler, Maschke und Co.“ und des Verlages geben wir hier zwei Auszüge über den ehemaligen Mitstreiter des SDS Hamburg R. Oberlercher wieder.

UL („*Historischer Arbeitskreis SDS/APO Hamburg 1968*“)

Manuel Seitenbecher

Mahler, Maschke & Co.

Rechtes Denken in der 68er-Bewegung?

Ferdinand Schönigh

Paderborn – München – Wien – Zürich (2013)

KLAPPENTEXT

Vom SDS über die RAF in die NPD Horst Mahlers Lebenslauf ist das Spiegelbild der politischen Extreme des 20. Jahrhunderts. Doch Mahler war nicht der einzige Aktivist der 68er-Bewegung, der später den Eindruck erweckte, vom linken ins rechte Milieu gewechselt zu sein. Wie kam es zu diesem erstaunlich anmutenden Wandel? War es überhaupt ein Wandel? Oder lassen sich in der Ideologie Horst Mahlers und anderer 68er, die ins rechte Lager wechselten, Konstanten finden? Muss man gar von einem rechten Denken in der sich als links verstehenden 68er-Bewegung ausgehen? Manuel Seitenbecher geht diesen Fragen nach und verfolgt dazu detailliert die Biografien von Mahler, Bernd Rabehl, Reinhold Oberlercher, Günter Maschke und Tilman Fichter.

Teil I Oberlercher Biografie

(Reinhold Oberlercher in der hamburger 68er Bewegung S. 104 – 117)



1. Reinhold Oberlercher und die 68er-Bewegung in Hamburg

Wenn Tilman Fichter und Siegwald Lönnendonker in ihrer *Geschichte des SDS* behaupten, ein kritisches Potential hätte bis zum 2. Juni 1967 nur in West-Berlin und dort auch nur an der FU Berlin vorgeherrscht, so verbirgt sich hinter dieser Sicht die subjektive Wertung zweier Aktivisten des West-Berliner SDS. Wie mittlerweile die ersten regionalen Studien aufzeigen, bestand auch durchaus in anderen Universitätsstädten schon vor dem 2. Juni 1967 ein zunehmend rebellisches Potential um den SDS und die Neue Linke.²⁸ Allerdings äußerte sich dies meist noch nicht im antiautoritären Sinne der West-Berliner Mehrheit – jedoch lässt sich dies für den SDS auch nicht für die Zeit nach dem Tod Ohnesorgs verallgemeinern. Für eine komplexe Darlegung der damaligen Motive und Ereignisse wird es künftig notwendig sein, weitere regionale Studien fern von West-Berlin durchzuführen. Und auch wenn West-Berlin auf Grund der Akteure und Ereignisse zweifellos so etwas wie die „Hauptstadt der deutschen Studentenrevolte“ gewesen ist,²⁹ so gab es weitere Städte, die in der damaligen Bedeutung nicht weit hinter West-Berlin zurückstanden. Neben kleineren Universitätsstädten wie Tübingen und Marburg waren dies insbesondere Frankfurt am Main, München – und Hamburg. Trotzdem existiert bis heute, fern von Anekdoten und kleinen Überblicken in Schriften aus dem Hochschulmilieu und der damaligen

Aktivisten, keine Darstellung der 68er-Bewegung in Hamburg, weshalb im Folgenden im Kontext der Biographie Reinhold Oberlerchers ein kurzer Abriss der Geschehnisse in der Hansestadt wiedergegeben werden soll.³⁰

Allerdings kam in Hamburg nicht dem SDS die führende Rolle bei den Unruhen um 1968 zu. Und dies, obwohl mit Helmut Schauer von 1964-1966 ein ehemaliger Hamburger SDSler den Vorstandsposten des Bundesverbandes wahrnahm.³¹ Rückblickend sprachen Peter Schütt und Reinhold Oberlercher dann auch von „höchstens zehn“ (Schütt) bzw. gar nur „sechs Aktivisten“ (Oberlercher) des SDS in Hamburg.³² Mag dies auch wiederum eine subjektive Interpretation der Bedeutung einzelner Mitglieder auf Grund konkurrierender Ansichten gewesen sein, so zeigt dies doch mindestens den elitären und konspirativen Charakter des Studentenverbandes – und seinen mangelnden Erfolg innerhalb der Studentenschaft. Dabei konnte der Hamburger SDS durchaus mehrere, auch über die Grenzen der Hansestadt bekannte und bis heute mit 1968 in Verbindung zu bringende Personen vorweisen; neben Schütt und Oberlercher waren dies vor allem Karl-Heinz Roth und Karl-Rainer Fabig, Angelika Ebbinghaus und Dirk Siefer sowie Eckhart Spoo und Erhart Neckermann. Die bundesweite Bedeutung dieser Akteure unterstreicht auch ausgerechnet der Bericht des Bundesinnenministeriums über Linksradikalismus in der Bundesrepublik im Jahre 1967. Für den SDS wurden insgesamt drei Akteure namentlich genannt, deren Zitate die Gegnerschaft des SDS zur verfassungsmäßigen Ordnung belegen sollten: Neben Rudi Dutschke waren dies Peter Schütt und Reinhold Oberlercher.³³

Stattdessen waren es vor allem der SHB und eine gemäßigte Neue Linke, die in Hamburg die 68er-Bewegung prägten: Detlev Albers und Gert Hinnerk Behlmer sorgten mit ihrem Plakat „Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren“ für bundesweite Aufmerksamkeit, Helga Bauer erfuhr Rückhalt in Studentenschaft und Öffentlichkeit als AStA-Vorsitzende der Hamburger Universität, und Jens Litten war als zweiter Bundesvorsitzender des SHB eine politische Größe – wenngleich auch innerhalb des eigenen Verbandes auf Grund eines vermeintlich konservativen Kurses umstritten.³⁴ Wie gering der Rückhalt des SDS in der Hamburger Studentenschaft gewesen ist, belegen auch die damaligen Wahlen zum Studierendenparlament. Nicht nur, dass der sozialistische Studentenbund im AStA keine Rolle spielte – auch im Parlament war er fast nicht vertreten: So traten beispielsweise zu den Wahlen im Wintersemester 1967/68 bei den Erziehungswissenschaftlern zwölf Studenten an, darunter drei SDSler einschließlich Oberlercher. Zu den sieben in das Parlament gewählten gehörten diese jedoch nicht, Oberlercher bekam gar die zweitwenigsten Stimmen – wie es die Ironie der Geschichte will, schnitt lediglich ein Kandidat des NPD-nahen ‚Nationaldemokratischen Hochschulbund‘ (NHB) noch schlechter ab als Oberlercher. Generell war diese Wahl ein Fiasko für den SDS: Lediglich drei der vierzig zur Wahl stehenden Sitze im Parlament konnte man erringen.³⁵

Doch zunächst zurück zur Zeit vor 1968 und den Jugendjahren Oberlerchers. Geboren am 17. Juni 1943 in Dresden, erlebte auch er wie so viele seiner Generation und späteren Mitstreiter um 1968 eine durch den Krieg bedingte unstete und vaterlose

Jugend. Doch war sein Vater nicht in Kriegsgefangenschaft geraten oder im Krieg gefallen, sondern in der Gefangenschaft der Nationalsozialisten gestorben. Zur Last gelegt wurden diesem der, laut Reinhold Oberlercher wohl zutreffende, Vorwurf des Abhörens von Feindsendern sowie der Kontakt zu einer kommunistischen Zelle.³⁶ Nach einem Gefangenmarsch von Dresden nach Leipzig beim Herannahen der Ostfront starb Oberlerchers Vater im Mai 1945 im Untersuchungsgefängnis Leipzig, wohl auf Grund der Strapazen des Marsches. Rückblickend schilderte Oberlercher diesen privaten Hintergrund seiner eigenen Biographie dem Autor gegenüber sehr sachlich. Um 1968 äußerte er jedoch – durchaus auch bei diesem Ablauf zutreffend –, sein Vater sei von den Nationalsozialisten umgebracht worden. Explizit im Zusammenhang mit dem Tod seines Vaters in nationalsozialistischer Gefangenschaft wies Oberlercher damals auf die Bedeutung des Faschismusvorwurfs in den Auseinandersetzungen mit Hochschullehrern hin.³⁷ Lag um 1968 seine Stellung gegenüber der vermeintlich faschistischen Bundesrepublik also auch in der familiären Biographie begründet, so sollte diese ihn etwa 25 Jahre später nicht hindern, zu einer durchaus positiven Bewertung des Nationalsozialismus zu kommen.

Allerdings war Oberlerchers Vater nach dessen Aussage keineswegs ein überzeugter Gegner des Nationalsozialismus gewesen. Stattdessen sei dieser so früh Parteimitglied der NSDAP geworden, dass er später „ein irgendwie ‚goldenes Parteiabzeichen‘“ bekommen habe. Auch der Vorwurf des Kontakts zu einer kommunistischen Zelle reduzierte sich wohl darauf, dass er zunächst einen arbeitslosen Kommunisten als Maschinenführer beschäftigte und dessen Familie unterstützte, nachdem dieser in ein Konzentrationslager gebracht worden war. Oberlercher interpretierte diesen Vorgang derart, dass sein Vater dies wohl als „seine Pflicht im Rahmen der deutschen Volksgemeinschaft“ angesehen habe. Dagegen sei seine aus einem nationalkonservativen Elternhaus um die DNVP stammende Mutter eine „scharfe NS-Gegnerin“ gewesen – wenngleich auch „eine (natürlich nationale) Liberale“. Diese habe ihm auch den „weiteren Horizont auf die ganze deutsche Geschichte und die Orientierung auf geistige Arbeit“ eröffnet. Weitere nahe Familienangehörige waren teils in der SPD, teils in der SA. Die politisch-ideologische Zerrissenheit der Deutschen als Abbild in Oberlerchers Familie hielt sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg in der SBZ bzw. der DDR: war ein Familienangehöriger Betriebsparteisekretär, war ein anderer als Volkspolizist mit seiner Einheit während des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 zu den Aufständischen übergelaufen.³⁸

Reinhold Oberlercher selbst berichtet rückblickend über seine Kindheit in der DDR, dass sich bereits damals – vermittelt durch Reisen zu Verwandten in Hamburg sowie einem sozialdemokratischen Onkel und seine Mutter – bei ihm das Bewusstsein von den „zwei verfeindeten aber gleichermaßen verächtlichen Systemen“ gebildet habe; dass er bereits damals lernte, Kapitalismus und Kommunismus zu verachten. Tatsächlich floh Oberlercher schon im Alter von vierzehn Jahren allein von Dresden nach West-Berlin. Der Fluchtversuch scheiterte, wegen Republikflucht und Grenzverletzung wurde er inhaftiert – zynischerweise im gleichen Leipziger Untersu-

chungsgefängnis, in dem sein Vater unter den Nationalsozialisten gestorben war. Spätestens zu diesem Zeitpunkt muss der Entschluss endgültig festgestanden haben, seine Familie in der DDR zu verlassen und eine erneute Flucht zu wagen. Etwa zeitgleich wie Rabehl und Dutschke verließ Oberlercher um 1959/60 die DDR nach ebenfalls selbst erlittenen Gängelungen seitens des Staats. Doch siedelte er nicht nach West-Berlin über, sondern zu Verwandten nach Hamburg. Wie sehr die Ablehnung der Teilung und von Kapitalismus und Kommunismus auch in seinen Jugendjahren in Hamburg bestehen blieb, verdeutlicht ein Gedicht Oberlerchers aus dem Jahre 1964:

Geboren bis zur letzten Patrone;
mein Vater mein Land blieb im Krieg.
Blieb im Grenzland:
Meinem Kopf, meiner Brust,
zwischen linken und rechten Gliedern.
Als ich über meine Grenze ging,
sah ich dort zwei Lügen.
Die grüßten sich nicht
und waren froh,
dass sie sich hatten.⁹¹

Auch wenn Oberlerchers rückblickende Aussage, er habe schon als Jugendlicher die konkurrierenden Systeme als Mittel „zur Niederhaltung von uns Deutschen“ wahrgenommen, wohl eine Zuspitzung seiner heutigen politischen Sicht ist, so zeigt das Gedicht seine damalige Abneigung gegenüber der deutsch-deutschen Teilung und der damit zusammenhängenden Blockkonfrontation. Gleichzeitig kann man aus den beiden Strophen bereits eine Distanz Oberlerchers zur politischen Verortung in rechts und links deuten – eine mit zunehmenden Lebensjahren ansteigende Wahrnehmung Oberlerchers. Wie bei Rabehl und Dutschke war zudem auch bei Oberlercher die besondere Fokussierung auf die Teilung durch persönliche Betroffenheit bedingt, wenn er auch der Bundesrepublik eine höhere Wertschätzung als Rabehl und Dutschke entgegenbrachte: So habe ihn damals noch die durch die Gymnasiallehrer vermittelte „nationalpolitische Rechtfertigung der BRD als Provisorium für die Zeit der Handlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches“ überzeugt. Er habe noch an die Bundesrepublik und ihre geschichtliche Aufgabe geglaubt, das ihm verhasste kapitalistische System sei ihr aufgezwungen worden.

In Hamburg angekommen, verfolgte Oberlercher zunächst einen politisch eher ungewöhnlichen Weg für spätere Aktivisten der 68er-Bewegung. Im Alter von 18 Jahren trat er 1961 der SPD bei, und damit nach deren Godesberger Wandel und dem Split vom SDS. Oberlercher erklärt diesen Schritt mit der damaligen Prägung durch seinen sozialdemokratischen „Lieblingsonkel“. Der Eintritt in den SDS folgte 1965, teils auch aus pragmatischen Gründen statt aus rein ideologischer Überzeugung: Nur der SDS nahm seiner Zeit auch Jungarbeiter auf, und dies war Oberlercher noch, bevor er im gleichen Jahr das Studium der Pädagogik, Philosophie und Soziologie begann. Erst um 1967/68 folgte der Austritt aus der SPD, als ihm deren Unvereinbarkeitsbeschluss bekannt wurde. Mittlerweile verstand er sich als Teil der Neuen Linken.

Auch der Hamburger SDS war trotz seiner an den Mitgliedern gemessenen geringen Größe recht heterogen. Anfang/Mitte der 60er Jahre dominierte noch eine Gewerkschaftslinie um den späteren Bundesvorsitzenden Helmut Schauer, die sich in vereinzelt Personen wie Arwed Milz fortsetzte. Gleichzeitig erlangte eine kommunistische Strömung Einfluss, was vor allem an dem Umstand lag, dass in Hamburg die Studentenorganisation der KPD, der Kommunistische Studentenverband (KSV), an der Universität nicht verboten war. Doppelmitgliedschaften, beispielsweise in Person von Eckhard Spoo, und auch etliche linke bis kommunistische Zirkel in der Hansestadt außerhalb des SDS sorgten für eine fraktionelle kommunistische Ausrichtung des Hamburger SDS. So war in Hamburg die *Konkret*-Gruppe um Klaus-Rainer Röhl und Ulrike Meinhof ansässig, die noch bis Mitte der 60er Jahre von der DDR finanziert wurde.⁴⁰ Peter Schütt fand in den späten 50ern und frühen 60ern über solche Zirkel um Peter Rühmkorf, Kurt Hillers „Club Lynx“ und eben die *Konkret*-Gruppe in den SDS. Der spätere langjährige Funktionär der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) äußerte auch nach seinem Bruch mit dem Kommunismus, dass er beim Mauerbau 1961 Verständnis für die Sowjetunion gehegt und Radiosender der verbotenen KPD gehört habe, sowie damals am liebsten in die DDR übergesiedelt wäre.⁴¹ Auch maoistische Strömungen waren im Hamburger SDS sehr präsent, personifiziert vor allem in Karl-Heinz Roth. Oberlercher selbst bezeichnet sich als den damals einzigen „Dutschkisten“ in Hamburg, sprich Exponent des antiautoritären Flügels, sowie als „wohlgelittene[n] Außenseiter“.⁴²

Wie im SDS und in der Neuen Linken üblich, rückte auch in Hamburg im Verlauf der 60er Jahre zunehmend die Thematik der Dritten Welt in den Fokus. Auch hier wurden Arbeitskreise zum Antikolonialismus oder Persien gegründet und Aktionen gegen den Vietnamkrieg durchgeführt. Nicht der 2. Juni, sondern spätestens der 17. Februar 1967 muss als Auftakt der Hamburger Unruhen angesehen werden. Während einer Demonstration gegen den Vietnamkrieg mit etwa 2000 Teilnehmern war es zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Demonstranten gekommen. An den Demonstrationen beteiligt war auch der nigerianische Student Obi Ifeobu. Auf Grund von letztlich falschen Anschuldigungen wurde Ifeobu in einer Art Nacht-und-Nebel-Aktion drei Tage nach der Demonstration aus der Bundesrepublik ausgewiesen und unumwunden nach Nigeria geflogen. In der Folge kam es zu erheblichen Protesten seitens der Studenten und des AStA.⁴³ Und schon zuvor war es zu vergleichbaren Auseinandersetzungen innerhalb der Universität wie in West-Berlin gekommen. So verließen die damaligen AStA-Vorsitzenden Albers und Behlmer (beide SHB) im Dezember 1966 eine Sitzung des Akademischen Senats und sorgten so für einen Eklat. Grund war die ihrer Meinung nicht ausreichend Berücksichtigung der Frage der studentischen Mitbestimmung in den Fakultäten; ein Thema, das auch in der Folgezeit stets präsent blieb.⁴⁴

Auch in Hamburg wurde eine große Demonstration gegen den Besuch des persischen Schahs am 3. Juni 1967 geplant, die keineswegs nur eine Reaktion auf die Ereignisse am Vortag in West-Berlin war – der Boden für die folgende Radikalisierung war

bereits vorbereitet, die Aktivisten der Neuen Linken längst sensibilisiert.⁴⁵ Im Zusammenhang mit dem Bekanntwerden der West-Berliner Geschehnisse eskalierte auch die Hamburger Demonstration, zumal diese bereits im Mai von der Polizei aus Sicherheitsbedenken gegenüber dem Schah – in Hamburg lebten besonders viele Exiliraner – verboten worden war. Reinhold Oberlercher offenbart eine besonders zynische, durchaus aber verbreitete Sicht auf den 2. Juni 1967. Für ihn bedeuteten die Demonstrationen mit dem Tod Ohnesorgs: „Jetzt geht's los!“ Er habe damals eine Freude empfunden, die er „erst wieder im September 2008 bei Ausbruch der kapitalistischen Globalkrise empfand.“⁴⁶ Über ein Jahr nach der Demonstration waren noch 164 Ermittlungsverfahren gegen Demonstranten und 73 Verfahren gegen Polizeibeamte anhängig. Doch anders als in West-Berlin herrschte in Hamburg keineswegs eine Art Frontstellung zwischen breiten Teilen der Öffentlichkeit und der Studentenschaft bzw. der Neuen Linken vor. Polizei wie auch CDU luden Studentenvertreter wiederholt zu gemeinsamen Gesprächen ein. Umgekehrt luden Studenten die Hamburger Bevölkerung zur Aussprache ins Audimax der Universität – in West-Berlin nach dem 2. Juli undenkbar Vorgänge. Auch in der lokalen Springer-Presse, dem *Hamburger Abendblatt*, wurde wiederholt Verständnis für den Protest der Studenten geäußert – sowohl nach dem 2. Juni 1967 als auch nach dem Attentat auf Dutschke.⁴⁷

Doch auch wenn man mit Helga Kutz-Bauer – selbst bis Mitte 1967 AStA-Vorsitzende in Hamburg – die Bewegung in der Hansestadt als „spezifisch pragmatische Variante der Studentenbewegung“ bezeichnen kann, gekennzeichnet durch stetes Aufrechterhalten der Kontakte zu den politischen Institutionen, so bedeutet dies nicht, dass es in Hamburg in der Folge keine spezifischen spektakulären Vorfälle und Auseinandersetzungen gab.⁴⁸ Neben Kritik an Polizei, Parteien oder Professoren – oft jedoch auch verbunden seitens des AStA mit Mäßigungsaufrufen gegenüber den Studenten – war der Sturz des Wissmann-Denkmal ein erster dieser Vorfälle.⁴⁹ Schon am 8. August 1967 hatte der SDS versucht, das Denkmal des deutschen Afrikaforschers und zeitweisen Gouverneurs Deutsch-Ostafrikas Hermann von Wissmann zu stürzen; das Eingreifen der Polizei verhinderte dies vorerst. In Flugblättern rief man dazu auf, derart gegen den „Kolonialismus in der afrikanischen Welt“ zu protestieren. Im Gedenken an Wissmann sah der SDS einen Beleg der Kontinuität imperialistischen und nationalistischen Strebens von Repräsentanten der Bundesrepublik, die Aktion sollte daher symbolischen Charakter haben: „Die Wissmänner sind immer noch unter uns. Lasst uns wenigstens ihre Denkmäler stürzen!“⁵⁰ Peter Schütt, der das damalige Flugblatt verfasst hatte, erinnerte sich, dass man eigentlich nie vorgehabt habe, das Denkmal wirklich zu stürzen. Stattdessen sollte es eine Art Happening werden – die „direkte Aktion“ und das Stilmittel der Provokation hatten längst auch in Hamburg Einzug gehalten.⁵¹ Einige Wochen später wurde das Denkmal tatsächlich gestürzt. Der SDS jedoch distanzierte sich von der nächtlich geschehenen Aktion. Statt im Schutze der Anonymität hätte man dies wenn denn als Aufklärungsaktion in der Öffentlichkeit getan, so sei die Aktion jedoch sinnlos.⁵² Die Täter wurden nie ermittelt.

Während Schütt als Rädelsführer des ersten Sturzversuches identifiziert und in der Folge sowohl aus dem Germanistenverband ausgeschlossen wurde wie auch seine Stelle als wissenschaftlicher Assistent an der Universität verlor, trat Reinhold Oberlercher bei dieser Aktion nicht weiter in Erscheinung. Zwar war er als SDS-Mitglied auch an den diesbezüglichen Besprechungen beteiligt, doch habe er die Aktion für eine „Kinderei abseits der eigentlichen Aufgabe, den Kapitalismus und Kommunismus gleichermaßen zu stürzen“, gehalten.³³ Und auch bei der nächsten, auch über die Stadt- und Landesgrenzen Hamburgs hinaus bekannten Aktion kam Oberlercher keine tragende Rolle zuteil. Am 9. November 1967 setzten sich die vormaligen ASTA-Vorsitzenden Albers und Behlmer (SHB) vor den einziehenden Zug der Professoren bei der öffentlichen Feier zum Rektoratswechsel im Audimax der Hamburger Universität. Dabei trugen sie ein Plakat mit der Aufschrift „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“ – ein Bild, das bis heute als Synonym des studentischen Protests um 1968 gilt. Die damit implizierte Behauptung der nationalsozialistischen Kontinuität innerhalb der Professorenschaft sollte ihre Untermauerung noch während der Feier zum Rektoratswechsel erfahren. Der Lehrstuhlinhaber für Islamkunde, Prof. Berthold Spuler, äußerte den Studenten gegenüber: „Ihr gehört alle ins KZ.“³⁴

Die nationalsozialistische Vergangenheit von Professoren geriet in der Folge generell zu einem, wenn nicht *dem* spezifischen Thema der 68er-Bewegung in Hamburg, und nun war Reinhold Oberlercher einer der Hauptakteure. Doch wenn sich Oberlercher rückblickend zum „Auslöser des Hamburger Universitätsaufstandes“ stilisiert, ignoriert er die bereits geschilderten vorherigen Geschehnisse zwecks einer Überhöhung der eigenen Person.³⁵ Was war geschehen? Wenige Tage nach den Protesten bei der Rektoratsübergabe erschien in der Hamburger Studentenzeitschrift *auditorium* eine Vorlesungsrezension Oberlerchers über Professor Hans Wenke. War die Kritik an Professoren bis dato abstrakt und unpersönlich geschehen, griff Oberlercher Wenke vehement an.³⁶ Vorlesungsrezensionen in studentischen Zeitschriften waren ab 1966/67 ein zunehmend beliebtes Verfahren unter Studenten um Kritik am universitären Ablauf der Veranstaltungen zu äußern. Oft führte dies zu scharfen Reaktionen seitens der Professoren, so in West-Berlin in Person von Ernst Fraenkel.³⁷ Ein Kritikpunkt an den Rezensionen war, dass sie meist anonym veröffentlicht wurden. Oberlercher dagegen publizierte unter seinem Namen – und sollte daraufhin zeitweise von der Universität ausgeschlossen werden.

Oberlercher hatte Wenkes Veranstaltungen jede Wissenschaftlichkeit abgesprochen sowie diesen selbst als „professorale[n] Rattenfänger“ bezeichnet, der seine Zuhörer mit Belanglosigkeiten einschläfere und notorisch lüge.³⁸ Sein Artikel, der nur eine „Deskription eines pathogenen Syndroms im akademischen Betrieb“ darstelle, endete mit einem Aufruf zur Sprengung der Veranstaltung:

„Angesichts des ritualisierten Vorurteils, des zum System sozialer Institutionen verfestigten Totalidiotismus muss Vernunft, so sie überhaupt noch etwas ausrichten will, ihrer geschichtlichen Dimension sich erinnern und zur revolutionären Gewalt greifen. Akade-

mische Zumutungen vom Schlage Wenkescher Vorlesungen sind nur dadurch zu kritisieren, dass man sie sprengt.“

In den Mittelpunkt rückte jedoch schnell Oberlerchers eher beiläufiger Verweis auf Wenkes Tätigkeit im Nationalsozialismus. Dem Artikel vorangestellt war ein Zitat des Professors aus einer seiner Publikationen aus dieser Zeit, in dem er auf Grundlage einer NS-Verordnung Lehrern gegebenenfalls das Einholen von Berichten des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP über die erbbiologischen und rassischen Verhältnisse des Schülers empfahl. Im Artikel ging Oberlercher darauf nicht weiter ein, um aber schließlich zu schreiben:

„Wenke ist kein ‚Grenzfall‘, er ist keineswegs extrem. In einem Land, wo KZ-Erbauer, Renegaten und Alt-Nazis die höchsten Regierungsposten besetzen, ist ein alternder Ideologe des pädagogischen Hitlerismus ein fast gemütlicher Vorgang.“

Rückblickend erklärte Oberlercher, die Übernahme der in der 68er-Bewegung verbreiteten Thematisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit habe für ihn nur eine „allzuleicht ergreifbare taktische Waffe“ dargestellt, einschlägige Zitate seien für ihn nur „Geschosse“ gewesen. An Wenke und anderen hätte ihn nur der „Konformismus zum jeweiligen System, also dass sie in der Gegenwart in gleicher Weise BRD-hörig waren wie einst NS-fromm“, gestört.⁵⁹ Vor Oberlerchers späteren Gang in den Rechtsradikalismus erstaunt die Thematisierung der NS-Vergangenheit zunächst, äußert er sich doch mittlerweile derart, dass es der gesunde Menschenverstand verbiete, etwas Abfälliges über den Nationalsozialismus zu sagen.⁶⁰ Doch auch wenn seine rückblickenden Äußerungen ein Stück weit eine Rechtfertigung des damaligen Handelns vor seinen heutigen Überzeugungen darstellt und die wohl auch enthaltene moralische Komponente – erinnert sei an den Tod von Oberlerchers Vater durch die Nationalsozialisten – komplett negiert, ging es ihm als Pädagogikstudent im Kern um die Art von Wenkes Vorlesungen; die Mehrzahl seiner damaligen Artikel setzte sich kritisch mit den pädagogischen Gegebenheiten an der Universität auseinander. Tatsächlich ging er in einer kurzen Rechtfertigung seines Artikels in der folgenden Ausgabe des *auditorium* mit keinem Wort auf die NS-Thematik ein. Er habe lediglich „Veränderungswürdiges verändern“ und seine Unlust an den Veranstaltungen äußern wollen.⁶¹ Damit unterschied er sich vehement von Günter Maschke, der seinerseits 1965 Professoren explizit auf Grund ihrer NS-Vergangenheit angriff und diesen gar einen möglichen Gesinnungswechsel gegen den Faschismus in Abrede stellte.⁶²

Als Instrumentalisierung für die Durchsetzung der eigenen politischen Ziele – den Umsturz des Status Quo – erblickte Oberlercher diese Thematisierung aber durchaus. Gemeinsam mit zwei weiteren SDS-Genossen stellte er am 17.11.1967 in der studentischen Vollversammlung einen Antrag für ein „Weißbuch zur Professorenmoral“. In diesem sollte die Vergangenheit und Gegenwart der Professoren analysiert und dokumentiert werden. Zudem sollten sämtliche Veranstaltungen von Professoren, die früher nationalsozialistisches Gedankengut vertreten hatten, zu Hearings über diese Professoren umgewandelt und so die Abberufung dieser Ordinarien erreicht werden. Durchaus erwähnenswert ist vor dem heutigen politischen Stand-

punkt Oberlerchers, dass im Antrag auch die Entfernung sämtlicher als nazistisch deklarerter Literatur aus den Bibliotheken der Universität gefordert wurde, sofern sie nicht „antifaschistischen Lehr und Forschungszwecken“ diene.⁶³ Oberlercher trat damals öffentlich also durchaus im Sinne eines Antifaschismus auf.

Die Reaktionen auf seine Äußerungen ließen nicht lange auf sich warten. Wenke schloss Oberlercher aus seinem Seminar aus, verweigerte jedoch jegliche Diskussion über seine Tätigkeit im Nationalsozialismus. Rektor Ehrlicher billigte Wenkes Vorgehen mit Verweis auf dessen Hausrecht und Oberlerchers Aufruf zur Sprengung der Veranstaltung. Gleichzeitig verwies der Rektor Oberlercher vorübergehend von der Universität, da er wiederholt versuchte, weiterhin an den Veranstaltungen Wenkes teilzunehmen – und dieser jedes Mal seine Kurse abbrach. Was folgte, war eine starke Polarisierung innerhalb der Studentenschaft. Viele Studenten zeigten sich solidarisch mit Oberlercher. Auch der AStA kritisierte das Vorgehen gegen Oberlercher und verlangte eine Entschuldigung von Wenke. Zugleich erklärte er aber auch, dass man weder Form noch Inhalt der Rezension billigen würde; vielmehr sei durch Oberlerchers Stil das Mittel der Vorlesungsrezension diskreditiert worden.⁶⁴ Studentenverbände wie der SDS und LSD, aber auch der AStA und die Mehrheit des Studentenparlamentes sahen im Vorgehen Wenkes und Ehrlichers eine Notstandsübung, polemisierten gegen den Rektor – „Nötwehrlicher“, „Ehrlicher wird entbehrlicher“ – und riefen zum Boykott aller Professoren auf, die sich mit diesen solidarisch erklären würden.⁶⁵ Auch die Medien fokussierten sich nun auf Oberlercher. Der *Spiegel* stilisierte ihn zum „Dutschke Hamburgs“, im *Hamburger Abendblatt* war die Rede vom „Starfunktionär des SDS“, und selbst sein SDS-Genosse Peter Schütt bezeichnete ihn in einem Brief an die Kommune I als „Teufel von Hamburg“.⁶⁶

Allerdings verkannten all diese Bezeichnungen, auf die sich Oberlercher bis heute wiederholt beruft, dass er trotz der Solidarisierungen keineswegs eine neue Führungsfigur innerhalb der Studentenschaft wurde – ganz im Gegenteil, wenn man sich nur sein eingangs erwähntes deutliches Scheitern bei den Wahlen zum Studierendenparlament Ende Januar 1968 vergegenwärtigt. Selbst innerhalb des SDS erfuhr Oberlercher keinen bedingungslosen Rückhalt, wie aus der Korrespondenz Peter Schütts an die Kommune I hervorgeht. So sei Oberlercher „oft arg individualistisch“, man wolle ihn, der soeben ins SDS-Zentrum gezogen sei, nun „ein bisschen gradbiegen.“⁶⁷ Auch als Arie Goral, eine Art kritischer Mentor des Hamburger SDS, in einem Brief an den SDS Oberlercher und im Verbund damit auch den SDS kritisierte, pflichteten dessen Mitglieder Goral bei und kritisierten Oberlercher. Vorausgegangen war eine Lappalie: Oberlercher hatte in der Literaturbeilage der *Welt* eine Frage zur bevorzugten Weihnachtslektüre beantwortet. Goral stieß dies jedoch sauer auf, da Oberlercher ihm gegenüber kurz zuvor noch geäußert habe, dass er die Springer-Presse für gefährlicher halte als die NPD und man deshalb nicht letztere, sondern Springer bekämpfen müsse.⁶⁸ Unumstrittener Ideologe und Theoretiker des SDS war er entgegen seiner Eigendarstellungen jedenfalls nicht, auch wenn er sowohl 1967 wie 1968 einer von drei Hamburger Delegierten bei den jeweiligen Delegiertenkonferenzen des SDS

war.⁶⁹ Doch als Oberlercher am 18. Januar 1968 vor einer studentischen Versammlung seine neue pädagogische Theorie verkünden wollte, wurde er von etlichen Studenten ausgelacht und ausgepöfcht. Trotz der Ermunterungen des AStA-Vorsitzenden brach er schließlich seinen Vortrag ab.⁷⁰

Auf konservativer und rechter Seite geriet Oberlercher jedoch zum neuen Feindbild; u.a. war von der „um Oberstörer Oberlercher gescharten SDS-Clique“ die Rede.⁷¹ Schon im Dezember hatten eingeschriebene Teilnehmer der Vorlesung Wenkes Unterschriften gegen „jegliche Störung“, also auch die Absicht einer Diskussion, gesammelt – etwa 90 Prozent der ca. 650 Hörer folgten dem Aufruf.⁷² Wie weit die Polarisierung ging, wurde am 4. Januar 1968 deutlich. In einem Flugblatt des NHB hatte es zuvor geheißen:

„Am 7.12. rief der SDS in einem Flugblatt dazu auf, die Wenke-Vorlesung zu ‚liquidieren‘. Warum drehen wir den Spieß nicht um? Die Funktionäre und ihr Anhang haben uns die direkte Aktion aufgenötigt. Warum nehmen wir das Angebot nicht an? Darum: Direkte Aktion der Mehrheit! Wehrt den Vorlesungsstörern! Stürzt die AStA-Funktionäre! ‚Liquidiert‘ den SDS!“⁷³

Rektor Ehrlicher befürchtete deshalb gewaltsame Zusammenstöße zwischen den Studenten und sagte Wenkes Vorlesung ab. Derart gingen die noch verbleibenden Vorlesungswochen des Semesters weiter. Nachdem Disziplinarverfahren gegen vier Studenten – allesamt Mitglieder des SDS – wegen der Teilnahme an einer Vorlesung Prof. Wenkes eingeleitet wurden, erstatteten 229 Studenten Selbstanzeige und beantragten Disziplinarverfahren gegen sich.⁷⁴ Prof. Wenke verkündete schließlich, dass er ab dem kommenden Semester keine Vorlesungen mehr halten werde. Er starb im Februar 1971, laut Aussage seines Arztes an Herzversagen in Folge der studentischen Angriffe.⁷⁵ Oberlercher kommentierte dies noch in den 90er Jahren zynisch: „Wenke, der seine Entwertung nur um ein Jahr überlebte“.⁷⁶ Für Oberlercher dagegen war die Vorlesungsrezension der Initiationsritus seiner später offensiv vertretenen Taktik der „Wortergreifung“. Noch im Dezember 1967 schrieb er: „O. wird, da er nun schon einmal zu viel gesagt hat, auch weiterhin zu viel sagen, denn er hat herausgefunden, dass man damit jene zum Reden bringen kann, die immer zu wenig sagen.“⁷⁷

Wenke blieb nicht der einzige Professor, gegen den mit regelrechten Kampagnen vorgegangen wurde. Mehr als in den meisten anderen Universitätsstädten stand in Hamburg die NS-Vergangenheit der Professoren im Mittelpunkt – vor allem gegen die Professoren Peter Hofstädter und Benno von Wiese wurden Aktionen durchgeführt.⁷⁸ Und auch fern des Vorwurfes nationalsozialistischer Agitation kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen einigen Studenten und Professoren. Als Professor Klaus Oehler sich der Aufforderung einer Minderheit verweigerte, seine Vorlesung über Staatsphilosophie in eine reine Diskussion umzuwandeln, sprengte ein Teil der Studenten unter der Führung von Oberlercher seine Veranstaltung. Prof. Oehler stellte daraufhin bereits am 9. Juni 1969 seine Lehrtätigkeit für das Sommersemester ein und sprach von Methoden des „faschistischen Terrors“.⁷⁹

Schon im Zuge der Auseinandersetzung um Wenke hatte es Faschismusvorwürfe gegenüber dem SDS und Oberlercher gegeben. Der Theologieprofessor Helmut Thielicke hatte sich mit Wenke solidarisiert und in einer Rede bei den Verantwortlichen von *auditorium* „psychopathische Züge“ sowie einen aufkommenden Terror wie im Nationalsozialismus, nur in anderer Färbung, konstatiert.⁸⁰ Am 13. Januar 1968 versuchten daraufhin mehrere Studenten den monatlichen Gottesdienst Thielickes im Hamburger Michel zu stören. Während des Vaterunser-Gebets wurde eine Travestie des Gebets laut mitgesprochen sowie auf Flugblättern verteilt:

„Kapital unser das du bist im Westen –
 Amortisiert werde deine Investitionen –
 Dein Profit komme –
 Deine Kurse steigen, wie in Wall Street,
 also auch in Europen –
 Unser täglich Umsatz gib uns heute –
 Und verlängere uns unsere Kredite,
 Wie wir sie stunden unsern Gläubigern –
 Und führe uns nicht in Konkurs,
 Sondern erlöse uns von den Gewerkschaften,
 Denn Dein ist die halbe Welt und die Macht
 und der Reichtum seit zweihundert Jahren –
 Mammon.“⁸¹

Verfasst hatte es niemand anderes als Oberlercher. Entstanden war der Text im Kreis von ‚Hamburg linksliterarisch‘, einer Autorengruppe und Gegenveranstaltung zum ‚Hamburg-literarisch‘-Festival. Initiatoren waren Peter Schütt und Arie Goral. Literatur sollte hier als Waffe im Klassenkampf eingesetzt werden. Goral, ein jüdischer Spätkeimkehrer, hatte kurz zuvor die Galerie UHU‘ gegründet, in der einige der kritischen Texte entstanden und diskutiert wurden.⁸² Auch Oberlercher wirkte hier mit, u.a. am Band *Der fröhliche Agitator*. Rückblickend vermag er sich freilich nicht mehr erinnern. Auf Nachfrage äußerte er nur, dass er dabei war und es „wohl eine Ersatzaktivität nach dem Ende der 68er Bewegung“ gewesen sei – obwohl er sich noch sehr gut an sein „Kapitalunser“ erinnern kann. Es ist ein Beispiel für Oberlerchers selektive Beantwortung von Fragen – solche, die seinem heutigen politischen Standpunkt widersprechen, übergang er oder beantworte er nur äußerst knapp; und hierzu gehört wohl auch die Begegnung mit dem jüdisch-kommunistischen Goral.⁸³

In Oberlerchers theoretischen Schriften dominierte um 1968, seinem Studium entsprechend, das Thema der Pädagogik bzw. der Wissenschaft und Lehre.⁸⁴ Wie es sich schon bei seiner Wenke-Rezension andeutete, kritisierte er vor allem die Art der Lehrvermittlung. Statt der Befähigung zu wissenschaftlicher Kritik sei das Studium der Pädagogik zu verschult, was dem Zweck diene, die „Unmündigkeit“ der Studienanfänger zu erhalten.⁸⁵ Die Universität sei für den Staat bzw. die Interessenvertreter des Kapitals nur „Produktionsstätte qualifizierter Arbeitskraft“. Wenn man der forcierten Effizienz universitärer Lehrerbildung nicht entgegenträte, würde „das System [sich] in wenigen Semestern zum akademischen Faschismus [...] rationalisieren.“⁸⁶

Hochschulen seien wegen des Einsatzes eigener wie auch staatlicher Repressionen nicht mehr als „die Hure der herrschenden Gewalt“.⁴⁰ Deshalb verstand Oberlercher die Veränderung der Pädagogik stets als generellen Beginn der Revolution, seine „Strategie des pädagogischen Umsturzes“ zielte auf die „Revolution der pädagogischen Produktion.“ Das theoretische Fundament hierfür hatte laut Oberlercher Marx mit seiner Analyse kapitalistischer Warenproduktion geleistet. Denn jede Wissenschaft, „die sich qua Wissenschaft nicht mit der Warenanalyse vermittelt, ist idiotisch, d.h. uneinsichtig in das Ganze, in ihren Zusammenhang mit der Gesellschaft.“ „Ziel und Waffe des wissenschaftlichen Bürgerkrieges in den Bildungs- und Forschungsbetrieben“ müsse deshalb „die Analyse aller Disziplinen als arbeitsteiliger Warenproduktion, wissenschaftliche Liquidation der bürgerlichen Ideologien und politische Liquidation ihrer Propagandisten durch eine Selbstorganisation der unmittelbaren Produzenten“ sein.⁴¹ Rückblickend erklärte Oberlercher, dass ihn Marx-Interpretation nie interessiert habe, sondern allein dessen Vollendung.⁴²

Beginnen wollte Oberlercher mit der Aufhebung des Unterschieds zwischen Lehrenden und Lernenden, ein klassisches akademisches Ziel der Neuen Linken um 1968. Die Rede von der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden sei nur die Verschleierung des herrschenden Interessenantagonismus dieser Gruppierungen. Der übliche Lernprozess sei auf Repression der Lernenden gerichtet. Um dies zu umgehen, müssten auch die Lehrenden von den Schülern lernen. Oberlercher proklamierte die herrschaftsfreie Gesellschaft: Das Ziel war ein „herrschaftsfreier Dialog“, der die „materielle Verfügungsgewalt aller gleichberechtigten Teilnehmer über Forschungsrichtung und Lernbedingungen“ impliziere. Auch Examina würden nur „herrschaftlicher Kontrolle“ und der Aufrechterhaltung des Reproduktionsniveaus dienen und müssten deshalb verweigert werden, indem der Prüfling die Situation umkehrt und den Prüfer öffentlich befragt. Wenn die Ungleichzeitigkeit von Lehre und Lernen überwunden sei, würde dies auch „die Herrschaftshierarchien der ganzen Gesellschaft gefährden.“ Schließlich sei die Frage, ob Wissenschaft als „Freiheit einer kleinen Elite, zu forschen und zu lehren, definiert wird, oder auf der Lernfreiheit der breiten Massen des Volkes gründet, [...] keine theoretische, sondern eine Machtfrage.“⁴³

Das Mittel zur Revolutionierung des Universitätswesens sollte die Kritische Universität werden. Oberlercher erblickte in ihr das „Kampfmittel“, mit dem die „alte Universität gezwungen werden wird, kritische Universität zu werden.“⁴⁴ Die Kritische Universität könne auf Grund der Verflechtung von Universität und Staat zugleich nur ein Gegenentwurf zum Bestehenden sein: „Maßstab dieses [gesellschaftlichen; M.S.] Fortschritts ist die schrittweise Vernichtung des Staats.“⁴⁵ Hierfür sei die Aufhebung der Trennung von Theorie und Praxis innerhalb der Universitätswissenschaften nötig, denn nur in der Erprobung der Kampfwerte von Theorien könne die Universität „Ausgangsbasis revolutionärer Praxis“ werden.⁴⁶ Gleichzeitig müsse mit Provokationen der repressive Charakter der Universität entlarvt werden. Diese Mittel waren dann auch die theoretische Grundlage der geschilderten Vorlesungsstörungen in Hamburg.⁴⁷ Wie diese Provokationen auch aussehen könnten, veranschaulichte

Oberlercher deutlich: „Ein Rektorat [...] taugt zu mehr denn als Repräsentationskäfig eines Professoren-Kaspers: ein Rektorat kann man besetzen, man kann darin schlafen, beischlafen, saufen und kotzen.“⁹⁸ Bezog sich Oberlercher bei seinen von der Universität ausgehenden Umsturzplänen ausdrücklich auf Che Guevara – „Die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit muss eine riesige Schule werden!“ – so war der Guerillero auch Pate bei weitergehenden Überlegungen.⁹⁷ In Erwartung einer brutalen Reaktion von Staat und Polizei bei Fortschreiten der Umsturzpläne müsse eine „Studentenmiliz aufgebaut werden, die den Keim einer revolutionären Volksarmee bildet. Denn nach wie vor gilt, dass die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt! – VENCEREMOS!“⁹⁸

Schon in einem Brief von 1967 an die Kommune I hatte Oberlercher den Aufbau einer revolutionären Untergrundorganisation gefordert. Diese sollte entweder kulturevolutionär oder „mit selektiven Terror“ agieren.⁹⁹ Ein Jahr später schränkte er diese Auswahl ein:

„Liquidation von Ehe und Familie, Zerstörung aller Moral, Entfesselung der Sexuellust, Aufhebung der Arbeitsteilung bis in ihren animalischen Ursprung im Geschlechtsakt – dies alles sind Ziele der Revolution, die sie in ihren Kampfmitteln vorverwirklichen muss, damit die Revolutionäre – jene also, die befreien sollen – frei werden: frei für den **bewaffneten Kampf!**“¹⁰⁰

Eindeutig befürwortete Oberlercher also militärische Gewalt, verstanden als revolutionäre. Den späteren Weg des Linksterrorismus nahm er damit in Ansätzen theoretisch vorweg, ohne ihn jedoch freilich selbst zu gehen. Lediglich mehrere Ermittlungsverfahren waren, wie bei den meisten damaligen Aktivisten, gegen ihn anhängig.¹⁰¹ Das Ziel war jedoch die Revolution und der Kampf gegen den Staat – Oberlercher bewegte sich damit nicht mehr im radikalen, sondern im extremistischen Umfeld der 68er-Bewegung.

Als sich das Scheitern der revolutionären Pläne der Bewegung abzeichnete, kritisierte er den Voluntarismus der direkten Aktionen. Dieser habe dazu geführt, dass man auf den „sozialistischen Anspruch oft verzichtete“, eine wirkliche Analyse der eigenen Situation habe man nie geleistet. Weder hätte man auf die Gesamtbevölkerung abzielen, noch „an der Fiktion einer Gesamtstudentenschaft“ festhalten dürfen. Statt eine „systemimmanente“ Hochschulpolitik des SHB zu tolerieren, hätte man mit der bereits „mobilisierten Minderheit räteartige Organisationsformen“ praktizieren und so die eigene Herrschaft sichern müssen. Nur eine Konzentration auf eine solche „Avantgarde“, aus der sich dann die oben zitierte Miliz herausbilden müsste, könne den revolutionären Umsturz noch verwirklichen.¹⁰²

Wie in anderen Städten der Bundesrepublik und in West-Berlin waren im Frühjahr 1968 auch in Hamburg die Differenzen der verschiedenen Strömungen hervorgetreten und mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze zugleich der Elan vieler Aktivisten gebrochen. Wie brüchig der Zusammenhalt der verschiedenen Fraktionen im SDS war, hatte vor allem Peter Schütt deutlich gemacht. Auf einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz im März 1968 war von mehreren Delegierten der Ausschluss

Rudi Dutschkes aus dem SDS gefordert worden, nachdem dieser sich zuvor im Wirtschaftsmagazin *Capital* von einem Modelfotografen in Szene hatte setzen lassen und in einem anschließenden Interview jegliche finanzielle Unterstützung des SDS seitens der DDR kategorisch ausschloss. Schütt, zu diesem Zeitpunkt bereits Mitglied der illegalen KPD, schloss in einem in *Blinkfuer* erschienen Bericht über die Delegiertenkonferenz daran an und kritisierte Dutschke ebenfalls scharf: Dieser würde „die Geschäfte der Bourgeoisie“ besorgen und hätte mit dem Interview bewiesen, dass der Antikommunismus bis weit in den SDS reichen würde.¹⁰³ Während der Misstrauensantrag gegen Dutschke noch mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde, erschien Schütts zweiteiliger Bericht erstmals am 11. April 1968, dem Tag des Attentats auf Dutschke – und sorgte so für Empörung innerhalb des Hamburger SDS. Am Ende stand Schütts Ausschluss aus dem Studentenverband.

Auch der Beginn der Frauenbewegung und deren Kritik am Gebaren der Männer im SDS während der zweiten Jahreshälfte 1968 standen exemplarisch für den Zerfall der Einheit des Studentenverbandes. Reinhold Oberlercher exponierte sich wie kaum ein anderer SDSler deutlich gegen die Frauenbewegung. Schon auf der SDS-Delegiertenkonferenz im November 1968 in Hannover, auf der das sogenannte *Weiberratsflugblatt* herumging, hatte sich Oberlercher in seiner provokativen Art hervorgetan. Auf dem Flugblatt waren über einer auf einem Bett posierenden Frau mit einer Axt in der Hand mehrere männliche Geschlechtsteile von führenden Aktivisten der Bewegung als Trophäen an der Wand angebracht. Neben Rabebls wurde auch Oberlerchers Entmannung gefordert. Die im ‚Aktionsrat zur Befreiung der Frauen‘ organisierten weiblichen SDS-Mitglieder wollten so auf die Unterdrückung der Frau in der Gesellschaft wie auch im SDS hinweisen. Die Mehrheit der männlichen Delegierten nahm dieses Anliegen nicht ernst und wollte jede Diskussion darüber verhindern. Oberlercher zog es jedoch gar ins Lächerliche, als er vor den Delegierten äußerte:

„Statt meinen Schwanz abhacken zu lassen, möchte ich ihn natürlich lieber in die Scheiden der Genossinnen stecken, das ist nen ganz natürliches Bedürfnis. Aber das selbst ist eine Frage der Produktion und wir haben das materialistisch zu analysieren.“¹⁰⁴

In *auditorium* verschärfte er seine Ausführungen noch und argumentierte zugleich bereits extrem biologisch. Deutlich wurde nun, dass seine Äußerung keineswegs nur eine ironische Provokation darstellte. So sei das Wesentliche des Menschen „sein Gattungswesen“, das dieser aber erst als Produkt seiner zweckgerichteten Arbeit werden könne. Die Frau – bzw. das „Weib“, wie es bei Oberlercher nur heißt – reduzierte er auf „das entscheidende Instrument in der Produktion der Ware Arbeitskraft“. Solange es dieses „Produktionsmittel der abstrakten Arbeit“ bleibe, solange sei das Weib „der naturwüchsigen Herrschaft des Mannes unterworfen“ und deren Unterdrückung gerechtfertigt: „Das Verhältnis des Weibes zum Manne ist das der Prostituierten zum Prostituierten, der konkreten Arbeit zur abstrakten Arbeit, der Lustleistung zur Leistungslust.“ Durch eine eigenständige Frauenbewegung würde die Bewegung schließlich am „inneren Geschlechterkampf zerbrechen, anstatt geschlossen den Klassenkampf zu führen.“¹⁰⁵ Doch bevor der Zerfall der Bewegung und die Geschichte nach 1968 behandelt werden, sollen nun zunächst relevante ideologische Grundlinien der Bewegung und ihrer Aktivisten untersucht werden.

Teil II Biografie Oberlercher

(Reinhold Oberlercher – Vom Marxismus zur Ausrufung des Vierten Reichs, aus: M. Seitenbecher, Mahler, Maschke & Co., S. 344 – 355 und Fußnoten/Quellen für Teil I und II)

genwart. Immer vertrat er seine Meinung mit 150-prozentiger Überzeugung²²¹ – der Umstand, dass sie stets eine Minderheitenposition bildete, irritierte ihn ebenso wenig wie der stete Wechsel seiner eigenen 150-prozentigen Überzeugung und die damit einhergehende Widerlegung seiner vorherigen Ansichten. Stets war er von einem missionarischen Sendungsbewusstsein geleitet, nach dem er die Menschen erst zur Einsicht bringen müsste. In den 60er Jahren hieß das Schlagwort zur vermeintlichen Verschleierung der Bedürfnisse „Manipulation“, seit den 90ern lautet es „Political Correctness“.²²² Zudem konnte er sich auch den Umstand der Minderheitenposition mit Hegel erklären:

„[W]ir müssen überzeugt sein, dass das Wahre die Natur hat, durchzudringen, wenn seine Zeit gekommen, und dass es nur erscheint, wenn diese gekommen, und deswegen nie zu früh erscheint noch ein unreifes Publikum findet“.²²³

Der Wandel in seinen Einstellungen resultierte dabei meist aus der Übernahme und Verarbeitung von Ideologien. Hing er in den 60er Jahren nach vorangegangener gründlicher Lektüre ihrer Schriften bedingungslos Marx und Lenin an, wandelte er sich in den 70er Jahren zum Jünger Hegels – wiederum nach dem intensiven Studium von dessen Werk. Mit der Annäherung an die Rechte übernahm er rasch auch deren Ideologie – und radikalisierte sie zunehmend. So bewirkte die Mandatsübernahme im Prozess gegen Frank Rennie eine Identifizierung mit dem Tatbestand der Holocaustleugnung – Mahler hatte für die Verteidigung umfangreiche revisionistische Literatur gelesen.²²⁴ Er selbst konnte dabei für sich alle Gegensätze in seiner politischen Biographie leicht negieren. Gegenüber der *Jungen Freiheit* berief er sich einmal mehr auf Hegel als Grundsatz all seines Denkens: „Widerspruch ist das Zeichen der Wahrheit und Widerspruchsfreiheit das Zeichen der Unwahrheit.“²²⁵ Vor diesem Hintergrund muss Mahlers Werdegang beinahe schon als konsequent bezeichnet werden... Etwas philosophischer klingt es, wenn er die „Wanderung des Denkens durch sich selbst hindurch“ als „Verrückung unseres Bewusstseins aus seinem zeitgeistlichen Ort auf die Ebene des Erkennens der absoluten Wahrheit“ charakterisiert, und derart zugleich wieder seine gewandelten Auffassungen rechtfertigt.²²⁶ Dennoch lassen sich auch ideologische Grundkonstanten bei Mahler finden, wie noch gezeigt werden soll.

4. Reinhold Oberlercher – Vom Marxismus zur Ausrufung des Vierten Reichs

Eine weitere wesentliche Bezugsperson Mahlers bei dessen zunehmender Radikalisierung nach rechts war Reinhold Oberlercher. Der Mitautor der *Kanonischen Erklärung* über die vermeintlich nationalrevolutionäre Motivation der 68er-Bewegung war bereits viel früher als Mahler auf der radikalen Rechten gelandet und kann in gewisser Weise auch als dessen diesbezüglicher Mentor gelten. Galt Oberlercher schon um 1968 als Einzelkämpfer innerhalb des Hamburger SDS, so verschärfte sich dies in den

Jahren nach dem Zerfall zusehends. Aus der politischen Arbeit zog er sich nach eigenen Angaben mit Antritt der sozial-liberalen Koalition 1969 zurück; die SPD galt ihm zunächst als Hoffnungsträger.²²⁷ Nachdem er sein Studium der Pädagogik abgeschlossen hatte, schrieb er, gefördert durch ein Promotionsstipendium, seine Doktorarbeit zu *Theorien über die Arbeitskraft*.²²⁸ Auch danach hatte er es sich zum Ziel gesetzt, an der Universität zu bleiben, da er seine eigene Studiensituation als „paradiesisch“ empfand; „reiner Humboldt; Einsamkeit und Freiheit inmitten der geistigen Turbulenzen der Zeit.“ Doch seine Habilitationsschrift, eine Fortsetzung der Doktorarbeit, wurde abgelehnt – laut Oberlercher von einer „Einheitsfront von Alten Ordinarien und Alter Linken“.²²⁹ Seine Universitätskarriere beschränkte sich auf eine kurze Episode als Lehrbeauftragter zu Beginn der 80er Jahre an der Universität Hamburg. Stattdessen versuchte er fortan als „Privatgelehrter“ sein Einkommen zu verdienen – die verwehrte Rolle als „Staatsgelehrter“ sollte zu einem wesentlichen Einschnitt in Oberlerchers Radikalisierung auf der Rechten werden.

Oberlercher hielt auch in der Folgezeit an revolutionären Umsturzplänen fest. Da er selbst über keine organisatorische Plattform verfügte bzw. seine Vorstellungen nirgends angemessen berücksichtigt fand, gab er von 1972 bis 1975 die Zeitschrift *Theorie und Klasse* heraus. Die Zeitschrift war im Wesentlichen einzig ein Forum für Oberlerchers eigene Theorien. Neben der Fortführung seiner pädagogischen Pläne kritisierte er dort in der Linken vorherrschende Theorien, wobei insbesondere die Frankfurter Schule Gegenstand seiner Kritik war. Dieser warf er einen „moralisierenden Rasonnierstil“ vor, der im „Verzicht auf Erkenntnis“ ende.²³⁰ Als Beispiel führte Oberlercher Adornos Kennzeichnung von Auschwitz als fortbestehendes und unantastbares Grauen an. Generell wandte er sich gegen jegliche moralisierende Begründungen – weshalb er den Holocaust und die Verbrechen des Nationalsozialismus nie als gerechtfertigte mahnende Maßstäbe für die Gegenwart akzeptierte. In den 90er Jahren sollte Oberlercher die Kritik an der Frankfurter Schule wieder aufnehmen, nun jedoch bereits aus einer völkischen und antisemitischen Perspektive. Adorno und die Frankfurter Schule bekamen nun den Status einer nationaljüdischen Fremdmacht zugesprochen, denen es um die jüdische Machtergreifung in Deutschland gegangen sei. Allein deshalb hätte man um 1968 Adornos Institut besetzt:

„Die Tötung Adornos durch seine deutschen Studenten, ganz geistesritterlich ohne Waffen und allein durch Kritik, war das wichtigste Ergebnis der 68er Studentenbewegung.“²³¹

In Wirklichkeit war der jüdische Hintergrund Adornos, Horkheimers oder auch Marcuses um 1968 kein Thema – weder in positiver noch in negativer Bezugnahme.

Kern seiner Beiträge waren jedoch die Formulierung von Umsturzplänen und die theoretische Auseinandersetzung mit dem Staat. Oberlercher wählte sich als Pädagoge dafür in einer exponierten Rolle, da er sein Leitmotiv nach Marx als „die Verbindung von Unterricht mit produktiver Arbeit [...] als die einzige Methode zur Produktion vollgeistiger entwickelter Menschen“ betrachtete.²³² Pädagogik verstand er als „die Wissenschaft von der Produktion der Arbeitskraft“.²³³ Generell war Oberler-

cher in den 70er Jahren noch völlig auf eine zu erwartende kommunistische Revolution fokussiert, trennte wiederholt zwischen Proletariat und Bürgertum und erhoffte sich von der Zeitschrift, die darin ausgeführte Theorie zur materiellen Gewalt reifen zu lassen, indem sie die Massen ergreife.²³⁴ Doch im Gegensatz zu den 90ern verstand er unter der Masse nicht das Volk, sondern vor allem die Arbeiterklasse. Dem Marxschen Dogma „Alle bisherige Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen“ hing Oberlercher auch Anfang der 70er Jahre noch an.²³⁵ Unumwunden proklamierte er die „Schlacht um die Aufhebung dieses Systems“ und verwarf jeglichen Reformismus: „Verschiedene Interessen geraten in letzter Instanz immer in ein antagonistisches Verhältnis, das mit der Vernichtung des historisch schwächeren Interesses endet.“²³⁶ Dem Kapitalismus bescheinigte er, in seiner höchsten Entwicklung vor dem Untergang zu stehen und so zum Vorspiel der kommunistischen Gesellschaft zu geraten. Für seine eigenen Theorien berief er sich dabei – und zwar bis heute – stets auf Marx und Hegel. Doch auch wenn er Hegels Satz „allein das Ganze ist das Wahre“ auch auf die Marxsche materialistische Dialektik angewandt wissen wollte, so ordnete er Hegel letztlich Marx unter: So könne „nicht Marx durch Hegel, sondern nur Hegel durch Marx erhellt werden“.²³⁷

In der Wertung Marx/Hegel unterscheidet sich Oberlercher von Mahler. Letzterer hält zwar die Marxsche Analyse der politischen Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft nach wie vor für gültig und empfiehlt die Schulung an Hegelschem Denken und Marxscher Kritik am Kapitalismus. Doch gleichzeitig habe er durch das Studium Hegels erkannt, dass Marx einseitig sei: Die bloße Vergesellschaftung der Produktionsmittel könne demnach nicht die Erfüllung der Revolution bedeuten, weil dies im Sinne Hegels eine abstrakte Negation sei. Stattdessen würden eben erst die Widersprüche das Ganze ausmachen. Dies wie auch die Einheit von absolutem und endlichem Geist, also von Gott und Mensch, habe Marx nie verstanden und als Jude auch nicht verstehen können: Denn Hegel sei die Überwindung des Jüdischen Prinzips der Trennung von Gott und Mensch. Die stärkere Abkehr von Marx war bei Mahler nun auch antisemitisch begründet.²³⁸ Zwar bezichtigte auch Oberlercher Marx des „jüdische[n] Messianismus“ mittels dessen programmatischer Schriften und schob alle identifizierten Fehler im Marxschen „Kapital“ auf dessen jüdische Herkunft ab.²³⁹ Doch auch wenn er dessen kommunistische Konterrevolution mittlerweile verwerfe, habe er „Karl Marx seit den späten sechziger Jahren die theoretische Treue gehalten.“²⁴⁰ Unumwunden bezeichnet er sich auch heute noch als „Nationalmarxist“. Erst Marx habe Hegels Deutschen Idealismus komplettiert; das „Kapital“ stellt für ihn den „ausgereiftesten Systementwurf“ des Deutschen Idealismus dar. Unter Deutschem Idealismus versteht Oberlercher „das Denken des Apriori von Arbeitskraft zum Arbeitsprozess, [...] das Gebundensein allen Erkennens an Arbeit und ihren Primat der Idee“. Er ist für ihn nicht nur das „System der deutschen Solltatgedanken“, sondern deutsches Denken überhaupt. Mahlers Hegelianismus betrachtet er dagegen mittlerweile als unzureichende religiöse Fokussierung auf die Einheit von Gott und Mensch.²⁴¹

Oberlercher entwickelte auch Leitlinien für die Zeit nach dem Umsturz. Neben den marxistischen Grundforderungen, die vermeintlichen monopolkapitalistischen Betriebe in die Hand der Arbeiterklasse zu bringen und so sämtliche kapitalistische Unternehmen zu vergesellschaften, trat er u.a. für den 6-Stunden-Tag, eine allumfassende Mitbestimmung in der „proletarischen Demokratie“, die Umwandlung der Bundeswehr von einem „gesellschaftlichen Parasiten“ in ein bewaffnetes „Volksheer“ und für die Errichtung einer wissenschaftlichen Einheitsschule ein. Gerade die Erziehung der Kinder – für ihn die privilegierte Klasse – wurde minutiös geschildert und nahm Ausmaße totalitärer Indoktrination an. Auch die „Herstellung der nationalen Einheit Deutschlands“ galt ihm als zu erreichendes Ziel. Seinen Fokus legte er jedoch auf eine verfassungsmäßige Garantie „des Rechts auf und der Pflicht zur Arbeit“.²⁴² So wollte er die „industrielle Reservearmee“, die Klasse der Arbeitslosen, auflösen und so dem Kapital die Grundlage seines Profitstrebens entziehen, indem es nicht mehr nur in wirtschaftlichen Hochzeiten auf die Arbeitslosen zurückgreifen brauchte – für Oberlercher Ausdruck der Unterwerfung der Menschen unter die Warenform der Arbeitskraft.²⁴³ Die „industrielle Reservearmee“ sollte auch in den Folgejahren immer wieder präsent in seiner Ideologie bleiben.

Daran schloss sich auch eine harsche Kritik an den Gewerkschaften an, die für ihn nur „Verkaufsgenossenschaften der Arbeitskraft“ und somit Produkt des Kapitalismus waren. Ohne Gewerkschaften würde die Arbeitskraft auf dem freien Markt mehr wert sein, weshalb diese konterrevolutionär seien. Kern dieser Überzeugung war die These, dass Gewerkschaften wie auch die SPD nur unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen existieren würden, ergo deren Funktionäre ein Interesse an der Erhaltung und Verteidigung des Kapitalismus haben müssten.²⁴⁴ Die Interessen der in den 70er Jahren tatsächlich zahlenmäßig ansteigenden Arbeitslosen sah er nirgends vertreten; was bedeutete, dass er als „Privatgelehrter“ auch seine eigenen Interessen nicht berücksichtigt sah. Wenn er gegen die Diffamierung der Arbeitslosen anscrieb, so spiegelte dies die Wahrnehmung der eigenen Situation wider: Oberlercher fühlte sich anscheinend durch die fehlende geregelte Tätigkeit in seiner eigenen Wertigkeit zurückgesetzt.²⁴⁵ Deutlich wurde dies auch in einer Reaktion auf das Buback-Attentat:

„[Ö]konomische Gründe für Jungakademiker, etablierte Altakademiker über den Haufen zu schießen, gibt es immerhin. Die bloße Existenz des höheren und hohen Beamtentums bedroht den akademischen Nachwuchs mit dem Absturz ins Lumpenproletariat: durch Stellenblockade, durch öffentliches Dienst-, Prüfungs- und Gesinnungsrecht.“²⁴⁶

Ab 1977 konnte Oberlercher bis in die frühen 80er seine Theorien im österreichischen *Neuen Forum* Günter Nennings weiter ausführen und modifizieren. Dennoch blieb er auch im linken Lager isoliert. Sich selbst sah er zu diesem Zeitpunkt einem „doppelten Publikationsboykott von links und rechts“ unterlegen.²⁴⁷ Auch im Umfeld des *Neuen Forums* regte sich bald Kritik an Oberlercher.²⁴⁸ Vor allem seine neuen Vorstellungen bezüglich der revolutionären Umwälzung des Kapitalismus stießen auf Widerspruch. Nach Oberlercher war die „einzige Pflicht eines Kommunisten im Marxschen Sinne [...] die Sicherung, Beschleunigung und Erklärung der kapitalisti-

schen Entwicklung“. Denn nur die Vollendung des Kapitalismus erzeuge „die ökonomischen Bausteine des Sozialismus.“²⁴⁹ Und so sei nicht die Zerstörung *des*, sondern die Integration *in* das kapitalistische System Ziel von Volkserhebungen: „Der Weg zur Überwindung des Kapitalverhältnisses ist seine Verallgemeinerung, nicht seine ‚Zurückdrängung‘.“²⁵⁰ Erklärte Gegner des Großkapitals wie die DKP – und auch die GSU – galten ihm daher als Vertreter eines reaktionären Klasseninteresses. Dagegen sei die SPD durch ihre prokapitalistische Handlungsweise wahrhaft revolutionär:

„Das Progressivste, was die SPD überhaupt tun kann, ist die Erleichterung und Beschleunigung des kapitalistischen Entwicklungsprozesses, wodurch sie zugleich ihre historische Mission erfüllt, beim langwierigen Geburtsakt des Proletariats als politische Hebamme zu dienen. Diese Geburt fällt geschichtlich mit der kapitalistischen Epoche insgesamt zusammen.“²⁵¹

Oberlerchers Marxinterpretation beruhte auf der Annahme, dass es vor dem Umschlagen der Klassengesellschaft in die klassenlose Gesellschaft zu einem Zersetzungsprozess käme. Die revolutionäre Periode sei daher der Kapitalismus selbst, indem die Zunahme des in den Kapitalismus eingebundenen Proletariats zu dessen Domestizierung führe. Seine Hoffnungen setzte er dabei auf die SPD, die mit ihrer Koppelung der Unterstützung von Arbeiterschaft und Industrie genau dazu beitrage und das Proletariat „auf dem Weg zur parlamentarisch-politischen Herrschaft seit 1969 ein großes Stück vorgebracht“ habe.²⁵² Gerade der eher rechte Flügel der Sozialdemokratie agiere daher streng genommen marxistisch, freilich ohne dies zu merken; ein Muster, das bei Oberlercher wiederholt auftauchte. Wie Mahler hing er der Ansicht an, exakt zu wissen, was die Masse des Volkes wolle und wie der Weg dorthin zu beschreiten sei, während den Anderen hierfür noch die Einsicht fehle.

Auch sein Verständnis vom Imperialismus war ähnlich konträr zur gängigen Auffassung. Demnach sei alles was lebt und wächst notgedrungen imperialistisch, vom Pflanzenreich bis zum „Kapital-Imperium“: „Leben ist Imperialismus: Entfaltung als Selbstzweck.“ Die gesamte neuzeitliche Geschichte ordnete er als „fortlaufende Unterwerfung primitiver Imperialismen durch intelligentere“ ein; weshalb er zum provokativen Schluss kam: „Es lebe der Imperialismus!“²⁵³ Die Anleihen beim Darwinismus sind offenkundig, und derart sollte Oberlercher seine Expansionspläne für das zu errichtende Deutsche Reich in den 90er Jahren rechtfertigen.

Während die nationale Thematik in Oberlerchers Schriften in den 70er Jahren ebenso wenig eine Rolle spielte wie die Ausländerthematik, änderte sich dies mit dem Übergang in die 80er Jahre. Noch 1977 hatte er unter den „fiesen Methoden“ der Verschleierung der wahren Arbeitslosenzahlen die „Zurückscheuchung von Arbeitskräften nach Anatolien“ identifiziert.²⁵⁴ 1980 will er dann nach eigener Aussage an den damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Freimut Duve bereits geschrieben haben, die Ausländerfrage werde zur

„existentiellen Bedrohung der politischen Kultur in Deutschland [...], wenn die derzeit von den Sozialliberalen propagierte Integrationspolitik verwirklicht werden sollte. Die Integration fremdstämmiger Ausländer erzeugt den Rassismus, und zwar als Massenbewegung. [...] Schon heute verwandeln sich relevante Teile der industriellen Reservearmee

in rechtsextremistische Sturmtruppen. Das Ideal der Integrationspolitik, der hier geborene Türke mit deutscher Staatsbürgerschaft, Bildung und Mentalität, wird den Rassismus herbeizwingen, als letzte noch mögliche Form der Abgrenzung.⁴²⁵³

Der Rassismus erscheint hier bereits als notwendiger Akt der Selbstverteidigung, wenn er auch noch nicht gewünscht wird.

Tatsächlich veröffentlichte Oberlercher 1981 das *Manifest deutscher Anarchisten*, welches in eine ähnliche Richtung ging. Mittlerweile war er im Umfeld der anarchistischen ‚Freien Arbeiter Union‘ (FAU) angekommen, die ihn nach der Veröffentlichung des Manifests jedoch gleich wieder ausschloss. Denn nach wie vor rekurrierte er auf die „industrielle Reservearmee“ der Arbeitslosen. Doch nicht nur, dass er der SPD mittlerweile bescheinigte, seine Hoffnungen enttäuscht zu haben und sich nur um die in Arbeit befindliche Bevölkerung zu kümmern. Nun identifizierte er die Gastarbeiter als Gegner der Arbeitslosen: „Der Import deutscher Arbeitskräfte ist eine scharfe ökonomische Waffe gegen die deutschen Arbeitskräfte, besonders die freien. Die Folgen sind Ausländerhass“. Oberlercher forderte daher ein „sofortiges Einstellungsverbot für Ausländer“.

Bemerkenswert war auch sein Eintreten für die Anarchie. Sie sei die letzte Hoffnung der Revolutionäre auf Veränderung, weil die früheren Gegner des Systems nun dessen Macher seien. Wenn er den Anarchist als jemanden definierte, der den „Zustand der Herrschaft von Menschen über Menschen würdelos findet und überwinden will“, dann musste dies jedoch keineswegs ein solch harscher Bruch mit dessen vergangener und zukünftiger Ideologie sein. Schließlich hing er der Überzeugung an, dass in seiner Volksherrschaft ebenfalls der gleiche Wille Aller herrsche und ergo keine hierarchische Bestimmung über Andere erfolge. Als Träger des Anarchismus identifizierte Oberlercher die Arbeitslosen, deren Zahl sich durch den Kapitalismus stetig erhöhen würde. Nach wie vor hing er also der Überzeugung an, dass der Kapitalismus selbst seine Überwindung herbeiführen würde, nun jedoch nicht mehr durch die Integration des Proletariats, sondern durch die Schaffung von Arbeitslosen.

Auch der nationale Impetus nahm nun deutlich zu. Zur Umsetzung der Wiedervereinigung Deutschlands rief er zu einem unausweichlichen nationalen Befreiungskampf gegen Russland auf, „dessen Besatzungstruppen das Haupthindernis der deutschen Einheit darstellen“ würden. Generell bekannte er sich nun zum Recht eines jeden Volkes auf einen eigenen Nationalstaat und kündigte die Unterstützung nationaler Befreiungskämpfe anderer Völker an, sofern sie sich am „antirussische[n] Befreiungskampf“ beteiligen würden. In Ansätzen präsentierte Oberlercher hier bereits die Grundlage seiner späteren rechtsextremen Schriften:

„Wer Frieden und Verständigung zwischen den Völkern ernsthaft will, muss ihre territoriale und politische Distanz vergrößern, die soziale Distanz innerhalb eines Volkes aber verringern. Ein wirkliches Gemeinschaftsgefühl unter den Völkern und Individuen dieser Welt wird sich sowieso nur aus ihren wechselseitigen Abneigungen bilden.“⁴²⁵⁶

Der rasche Schwenk zu nationalistischer und rassistischer Argumentation ist wohl nur vor Oberlerchers eigener Situation zu erklären: politisch isoliert, von der SPD

enttäuscht und vor allem beruflich ohne Perspektive auf eine dauerhafte wissenschaftliche Tätigkeit. Für letzteres machte er im Zuge der 1980 tatsächlich deutlich angestiegenen Asylbewerberzahlen nun den Ausländeranteil in der Bundesrepublik verantwortlich, nachdem sich all seine bisherigen Prognosen zum Ende der Klassengesellschaft als nichtig erwiesen hatten.²⁵⁷ Mit der Schuldverlagerung auf Fremde stand bei ihm ein typischer Topos aus dem Rechtsradikalismus am Beginn seiner eigenen zunehmenden Positionierung auf der Rechten. In den 90er Jahren komplettierte er diesen Selbstbezug in seiner Ideologie mit antisemitischen Versatzstücken, etwa wenn er abfällig über den „jüdische[n] Kopfnomade[n] Micha Brumlik“ schrieb, der „in Heidelberg eine deutsche Pädagogik-Professur abweidet“.²⁵⁸ Brumlik hatte jene Professur inne, die Oberlercher immer verwehrt blieb, was er sich nur mit Verschwörungstheorien im Sinne des Weltjudentums erklären konnte.

Der politisch heimatlose Oberlercher trieb nun in den 80ern beständig auf die radikale und rasch auch auf die extreme Rechte zu. Er veröffentlichte in rechtskonservativen bis rechtsradikalen Zeitschriften, vom *Rheinischen Merkur* über *Criticon* bis hin zum *Jungen Forum*; jener Zeitschrift, die um 1968 noch das juvenile Gegenstück der Rechten zur 68er-Bewegung gewesen war. In seinen Schriften entwickelte er bereits die theoretischen Grundlagen seiner rechtsextremen Auslassungen ab den 90er Jahren, freilich ohne bereits rassistisch und fremdenfeindlich aufzutreten. So erhob er im *Rheinischen Merkur* die Diskriminierung zur „Kardinaltugend schlechthin“, da sie das „Hässliche vom Schönen, das Dumme vom Klugen usw. abwertend unterscheidet“. Toleranz verstand er als Duldung von Fremdem, die bei generell verordneter Toleranz in deren Vernichtung umschlagen und zu Ressentiments führen würde – ein Vorgriff auf seine spätere Verteidigung der fremdenfeindlichen Übergriffe zu Beginn der 90er Jahre. Auch das linke Ideal der Gleichheit der Menschen verwarf er in diesem Zusammenhang. Sie wäre der „Tod der Freiheit und des Rechts.“²⁵⁹ Horst Mahler schloss sich Oberlercher später an: Demnach würde jeder, der keine Vorurteile habe, handlungsunfähig werden und sterben, da das Vorurteil aus dem gemeinsamen Unbewussten aufsteige, in dem der unendliche Schatz der Erfahrungen und Erkenntnisse vorausgegangener Generationen gegenwärtig sei.²⁶⁰ Und auch Mahler polemisierte nun gegen die Gleichheit: Nicht die Vereinheitlichung, sondern die „Verunterschiedlichung“ sei das Prinzip seiner Interpretation der Hegelschen Freiheit.²⁶¹ Genuin links war diese Haltung nicht mehr. In *Criticon* wiederum polemisierte Oberlercher gegen den „Parteienstaat“. Dieser müsse „überwunden“ werden, da sich die Parteien zu Tyrannen aufgeschwungen und das Volk als Souverän ausgeschaltet hätten. Der deutsche Parteienstaat war für ihn „ein Kind der Vergewaltigung durch die Sieger von 1918 und 1945“. Stattdessen müsse man verfassungsgeschichtlich an das Zweite Kaiserreich anknüpfen.²⁶²

In Auftritten vor Burschenschaften erklärte er, dass es eine Chance zur Wiederholung von 1968 geben würde. Freilich müsse man alle intellektuellen Kapazitäten auf die offene deutsche Frage legen, doch dann könne auf die kulturrevolutionäre Revolte der 60er eine „nationalrevolutionäre“ folgen.²⁶³ Zwischen 1988 und 1990 war

Oberlercher federführend für die Hamburger ‚Gruppe 146‘ tätig, einem studentischen Zusammenschluss der Neuen Rechten, der sich nach Artikel 146 des Grundgesetzes benannt hatte und so zum Ausdruck gab, eine Wiedervereinigung mittels einer neuen Verfassung und damit die Überwindung der Bundesrepublik anzustreben: „Die grundgesetzlich wie theoretisch korrekte Untergangsform ist die im Artikel 146 als bundesrepublikanisches Staatsziel angegebene verfassungsgebende Versammlung des ganzen, also wiedervereinigten deutschen Volkes.“²⁶⁴ Doch erst nach der Bekanntschaft mit Hans-Dietrich Sander fand Oberlercher eine dauerhafte Plattform für seine programmatischen Theorien.²⁶⁵ An den 1990 gegründeten und von Sander herausgegebenen *Staatsbriefen* arbeitete Oberlercher von Beginn an regelmäßig mit. Ziel der Zeitschrift war es, „die Reichsidee wiederzubeleben.“²⁶⁶ Vor allem Oberlercher tat sich dabei hervor.

So entwarf er einen „Reichsverfassungsentwurf“, dessen zu Grunde liegender Eid von der Blut-und-Boden-Ideologie der Nationalsozialisten geprägt war:

„Ich schwöre, dass ich dem Deutschen Volke und dem Deutschen Reiche die Treue halten, mit meinem Gut und Blut seine Freiheit schützen und alle meine Pflichten gewissenhaft erfüllen werde.“

Auch die weiteren inhaltlichen Punkte waren völkisch und nationalistisch gehalten. So dürfe jeder Reichsdeutsche – was nach Oberlercher jeder „Volksdeutsche“ ist, der Wehr- bzw. Ersatzdienst abgeleistet hat – einem Ausländer politisches Asyl gewähren, wenn er für diesen die Haftung übernehme. Freilich müsse das Reich jederzeit über die „Ausschaffung“ des Asylnehmers verfügen können. Generell würden Fremdwörter nicht geduldet, ausländische Kapitalanlagen müssten deutscher Vogtei unterliegen.²⁶⁷ Grundvoraussetzung für die Errichtung des Reiches blieb das Ende des Kapitalismus – und zugleich proklamierte Oberlercher nach wie vor mit Marx, dass dieser sich durch seine Erfolge selbst überwinden würde: „Ein Globalbetrieb in globalbetrieblicher Arbeitsteilung für einen weltlos gewordenen Globaleinheitsmarkt, also für den Marktkommunismus.“²⁶⁸ Vor allem in der vermeintlichen Benachteiligung einheimischer Arbeiter sah er einen weiteren Grund für die Überwindung des Kapitalismus in dessen Blüte:

„Die geregelten Klassen- und Verbändekämpfe innerhalb der nationalen Verteilungsschemata entarten zu völkischen und rassischen Kämpfen, nachdem der Arbeitskräfteimport, verstärkt durch eine immigrationistische Propaganda kapitalistischer Ideologen, zum Zerfall der nationalen Arbeiterklasse und ihres Klassenbewusstseins geführt hat.“²⁶⁹

Das dann zu errichtende Vierte Reich sah er als Überwindung des für ihn immer noch existierenden Dritten Reiches – welches von der Bundesrepublik in ein „Wachkoma“ gesetzt worden sei:

„Die BRD muss untergehen, damit das Dritte Reich endlich sterben und vom Vierten Reich konstruktiv überwunden werden kann.“²⁷⁰

Unverhohlen agitierte Oberlercher nun gegen die staatliche Verfasstheit der Bundesrepublik, seine Reichsphantasien bezeichnete er als „existentielle Absage an das System“.²⁷¹

Begleitet wurden seine Reichsphantasien von Expansionsgelüsten – die durch ihren imperialistischen Charakter ein vehementer Bruch mit dem propagierten Antimperialismus der 68er-Bewegung waren. Deutschland stellte für ihn das „Heilige Reich Europas“ dar: „Kern und Voraussetzung jeder echten Einigung Europas ist die Wiedervereinigung aller deutschen Stämme und Landschaften zu einem Königreich Deutschland.“ Dies bedeutete für ihn auch die Angliederung der Schweiz, Österreichs und der Beneluxstaaten, also jener Staaten, die Oberlercher unter die germanischen Völker einordnete, wobei das „Kernvolk“ stets das deutsche blieb.²⁷² Als seine Pläne harsche Kritik von der Rechten aus den Beneluxländern erfuhren, präzisierte er seine völkisch-expansionistischen Pläne:

„Germanische Stämme oder Völker einzudeutschen heißt, sie wieder gemeingermanisch zu machen und ihr Land der Allmende der germanischen Welt, welche das Reich ist, anzugliedern. Deutsch sein heißt, nicht nur eine Sache um ihrer selbst willen zu tun, sondern dies auch auf allgemeingültige Weise. Der Daseinszweck der Beneluxländer war ihre antideutsche Kuweitisierung im Dienste der globalimperialistischen Mächte; die Beneluxländer waren zum Kriegsgebiet vorherbestimmt.“²⁷³

Unumwunden gab Oberlercher dabei den völkischen Impetus seiner Theorien zu: „Volk“ bedeutete für ihn die „[h]öchste Form diesseitiger Gemeinschaft unter den Menschen“, zugleich seien Völker „Weltansichten Gottes“.²⁷⁴ Nationalismus wiederum sei nichts anderes als „völkische Eigenliebe, die „gewachsene [...] Ordnung aus Gemeinschaften der Geborenen einer je selbigen Art.“²⁷⁵ Einher mit der Betonung des Völkischen ging die Proklamierung des Begriffs der „Gemeinschaft“. Dieser enthielt wiederum die Überwindung der Kategorien rechts/links für ein gemeinsames Ganzes, eben das Volk:

„Zeigt sich die reichsbildende Kraft einer Nation darin, ob sie die benachbarten Völker dazu anhalten kann, untereinander Frieden zu halten, so zeigt sich das geistige Reich dieser Nation in ihrer Fähigkeit, den Fanatismus inhaltlicher und methodischer Einseitigkeiten zu vermeiden und entgegengesetzte Standpunkte als bloße Momente des größeren Ganzen zu erkennen.“²⁷⁶

Der Wechsel vom Begriff der Gesellschaft zu dem der Gemeinschaft war zugleich ein vehementer Bruch mit der Ideologie von 1968. Damals hatte die Rechte den 68ern gerade den Verzicht auf Begriffe wie den der Gemeinschaft zu Gunsten von jenem der Gesellschaft vorgeworfen – und auch Oberlercher hatte noch in den frühen 70er Jahren an diesem Begriff festgehalten.²⁷⁷ Stattdessen war es ein Rückgriff auf Gedankengut der 20er Jahre und der Konservativen Revolution. Gesellschaft galt als Ausdruck des Individualismus, was der Einheit der (Volks)Gemeinschaft entgegenstehen würde.²⁷⁸

Doch gingen Oberlerchers Ausführungen noch weit über den völkischen und expansionistischen Einschlag hinaus. In weiteren Schriften äußerte er sich offen rassistisch, fremdenfeindlich und antisemitisch. Als es in den frühen 90er Jahren insbesondere in den sogenannten Neuen Bundesländern wiederholt zu pogromartigen fremdenfeindlichen Übergriffen kam, verteidigte Oberlercher diese als „Szenarien

der Machtergreifung²⁷⁹ gegen „fremdvölkische Infiltrantenheere“ zum Schutze des noch verbliebenen „allerengsten Lebensraum[es]“:

„Der Rassenkrieg scheint jetzt nicht mehr aufhaltbar, und es bleibt den Deutschen wohl nur übrig, eine Gemeinde nach der anderen freizukämpfen und nach jedem Erfolg die Siegesstandarte ausländerfrei am Ortseingangsschild aufzuziehen.“²⁸⁰

Seine aus der Arbeitslosenproblematik entstandene Ausländerfeindlichkeit Anfang der 80er Jahre war nun zu regelrechten Kriegsaufrufen gegen jeden Fremdanmutenden verkommen, hier sah er den Hebel zu seiner erhofften völkisch-nationalen Revolution; rückblickend muss es erstaunen, dass er nicht schon damals strafrechtlich belangt wurde. Der Rassismus ließ Oberlercher und Mahler mit ihrer Reichsideologie weit über die „Konservative Revolution“ hinausschießen. Zwar propagierte auch deren Protagonisten überwiegend die Errichtung eines Reiches, was teils imperialistisch, teils hegemonial gedacht war. Doch beinhaltete deren Reichsidee eben keinen exklusiven Rassismus.²⁸¹ Auch von Günter Maschke unterschieden sie sich damit vehement. Maschke trug die Fremdenfeindlichkeit nicht mit: „Bei achtzig Millionen gibt es einfach soundsoviele einer bestimmten Couleur, das müsste man eigentlich wissen und aushalten können.“²⁸²

Die rassistischen Ausschreitungen der 90er Jahre waren für Oberlercher auch der letzte Anlass, ein *Hunderttage-Programm der nationalen Notstandsregierung in Deutschland* zu entwerfen. Die 100 Punkte, für jeden Tag einen, begannen dementsprechend auch mit der „Beendigung der Ausländerbeschäftigung“ – natürlich nach wie vor unter dem Motto „Die Arbeitslosigkeit beseitigen durch...“ Auch die weiteren Punkte waren von einer extremen Ausländerfeindlichkeit geleitet. So könne man das Verkehrschaos lösen, indem man in Deutschland lebende Ausländern verpflichte, nur noch die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen, und die Wohnungsnot, indem allen Ausländern Sozialwohnungen gekündigt würden – in Verbindung mit dem Verbot der Ausländerbeschäftigung lief dies auf den zentralen Punkt bei Oberlercher hinaus:²⁸³ die „Entausländerung Deutschlands“, da alle Übel nur durch die „Verausländerung Deutschlands“ herbeigeführt worden seien.²⁸⁴ Freimütig bekannte Oberlercher dann auch, dass sein Ausländerhass keineswegs bei einer erreichten Vollbeschäftigung enden würde:

„Die Hamburger Sozis [...] glauben wirklich, dass alles wieder gut würde, wenn genug Arbeit für Deutsche wie für Ausländer da wäre [...]. Sie begreifen auf Teufel-komm-raus! nicht, dass die Verausländerung Restdeutschlands auch dann, wenn sie nicht den geringsten sozialen Nachteil für die Deutschen hätte, schon für sich allein ein Verbrechen ist.“²⁸⁵

Seine rigorose Ausländerfeindlichkeit stand dabei im Kontrast zur Erfahrungswelt von 1968: Damals war man insbesondere im Hamburg Oberlerchers gegen Abschiebungen wie jene von Obi Ifeobu eingetreten; auch Juan Gutierrez, der zu dieser Zeit gemeinsam mit Oberlercher gegen missliebige Professoren polemisierte, war auf Grund von angedrohten Zwangsmaßnahmen von der Ausweisung bedroht gewesen. Nicht mal in Ansätzen kann sich Oberlercher mit seiner „Entausländerung“ auf die Bewegung von 1968 berufen. Gleiches gilt für seine programmatischen Punkte gegen

die „Deutsche Kulturkatastrophe“: Wenn er das „Verbot schmutziger, schundhafter, pornographischer und sittlich tiefstehender Darstellungen“, die Abwicklung „reiner Ideologie-Institute wie jener für Politologie, Soziologie oder Psychoanalyse“ oder die Begrenzung des Hochschulzugangs auf die besten fünf Prozent eines Jahrgangs forderte, stand er gegen das, was die antiautoritäre Strömung der Bewegung als Errungenschaften gegen die vermeintlich verkrusteten Strukturen betrachtete.²⁸⁶

Die weiteren Punkte seines Hunderttage-Programms firmierten ebenfalls vor der Folie eines drohenden Untergangs der Deutschen. Als zentral galten ihm neben der Wiedereinsetzung des Deutschen Reiches und der Auflösung der Europäischen Gemeinschaft u.a. die Bekämpfung des organisierten Verbrechens – was er durch ein Verbot von Ausländerorganisationen zu erreichen gedachte –, der Wiederaufbau „Mitteldeutschlands“ durch eine Haushaltssperre in Westdeutschland und der Sieg im „Rauschgiftkrieg“. Dabei sollte Rauschgift als Kriegswaffe anerkannt werden, was die standrechtliche Erschießung eines jeden Rauschgifthändlers zur Folge haben würde.²⁸⁷ Die Umsetzung des glücklicherweise völlig illusionären Programms – unter anderem war Oberlercher davon überzeugt, innerhalb der 100 Tage auch die deutsche Sprache als führende Kultursprache der Welt durchzusetzen – war von einem ähnlichen Extremismus beseelt. Das Hunderttage-Programm war Teil der Wortergreifungsstrategie, die zur „Machtergreifung des nationalen Lagers“ führen sollte.²⁸⁸ Den Übergang, oder in seinen Worten die „Erneuerung von Volk und Staat der Deutschen“, erwartete er durch

„un- und bewaffnete Gemeinde- und Gauaufstände [...]. Es geht nur von unten her. Werwölfe werden so manchen Fremdling, der sich zum Freier überhebt, und so manchen Systemling, der dem Deutschenhass und dem Antigermanismus frönt, beiroden.“²⁸⁹

In seinen Hundertpunkten hatte er auch das Verbot der Ideologie der Menschlichkeit gefordert, um den „kurze[n] Weg von der Humanität zur Bestialität“ zu unterbrechen – zynisch könnte man einwenden, dass bei Oberlercher gleich die Bestialität zur Ausführung kommen sollte.²⁹⁰ Es waren unverhohlene Todesdrohungen gegen die Repräsentanten der Bundesrepublik. Wenn er ferner die „altgermanische Berserkerwut“ priors und Bonns vermeintliche Demütigungen der Deutschen dafür verantwortlich machte, dass der „furor teutonicus“ wieder erweckt werde, dann spiegelte sich hier erneut seine eigene empfundene Demütigung wider.²⁹¹ Die Rechtspartei ‚Die Republikaner‘, denen Oberlercher 1992 kurzzeitig beigetreten war, forderte ihn auf Grund seines Hunderttage-Programms zum Parteiaustritt auf. Horst Mahler dagegen sollte später äußern, dass man anfangs erschrecke, wenn man Oberlerchers Programm lese – doch letztlich sei es richtig.²⁹² Noch 2001 empfahlen beide die Verwendung der 100 Punkte einer potentiellen Reichsregierung.²⁹³

Auch die Rechtfertigung des Holocausts betrieb Oberlercher nun, wenn er auch eine direkte Leugnung vermied. Der „Auschwitzglaube“ war für ihn Teil der Niederwerfung des Deutschen Reiches.²⁹⁴ In kaum zu überbietender Menschenverachtung stilisierte er Auschwitz zum Vollzug historischer Gerechtigkeit:

„Auschwitz war der Prototyp des kafkaesken Gerichts. Das kafkaeske Gericht ist der Volksgeist, vornehmlich der Geist des niederen Volkes. Sein Urteil ist die historische Gerechtigkeit selber, daher immer unerbittlich.“

Die Judenvernichtung glorifizierte er zur perfekten systematischen Massenvernichtung: „nur der Tod aus Deutschland ist ein Meisterwerk, jede der vielen Auschwitz-Kopien seit dem zweiten Weltkrieg zeigt das.“²⁹⁵

Als Oberlercher schließlich 1998 mit Mahler zusammentraf, konnte er diesem bereits eine umfassende rechtsextreme Deutung der Gegenwart präsentieren. Mahler konnte also über Oberlercher seine eigenen Theorien weiter ausformen, wobei die gemeinsame Herkunft aus der 68er-Bewegung und ihre Anhängerschaft Hegels und Marx' ihr übriges taten.²⁹⁶ Gemeinsam wollten sie über das Deutsche Kolleg das nationale Lager schulen und auf den Umsturz vorbereiten. Insbesondere Oberlercher verfasste hierfür explizite Schulungstexte. Einmal mehr stand der Gedanke der Wortergreifung als Mittel zur Machtergreifung im Vordergrund. Zudem konnten sie die mangelnde Gefolgschaft mit der noch unzureichenden Schulung erklären.²⁹⁷ Doch wie bereits bei Mahler dargelegt, blieben sie auch im rechten Lager weitestgehend isoliert. Mit dem gemeinsamen Prozess gegen Mahler und Oberlercher wegen Volksverhetzung – Hintergrund war mit der „Ausrufung zum Aufstand der Anständigen“ ein Text aus dem Deutschen Kolleg, in dem der Aufstand des deutschen Volkes zur Befreiung vom Judentum proklamiert wurde – endete die Zusammenarbeit.²⁹⁸ Mahlers Versuch, mittels der Prozesse die Gerichte zu zwingen, die Nichtigkeit der Existenz des Holocausts zugeben zu müssen, wurde von Oberlercher nicht unterstützt. Dabei trug er den inhaltlichen Kern durchaus mit. Noch 2010 schrieb er, dass Mahler das „Martyrium“ auf sich genommen habe und „Ideologe der einen und einzig nötigen Entscheidungsschlacht gegen das Dogma der Offenkundigkeit“ sei. Nur die Art und Weise lehnte er ab, für ihn beging Mahler damit einen „Selbstopferungsgang“, der nicht mit dem Deutschen Kolleg als „Denk- und Schulungsorgan des Deutschen Volkes“ vereinbar sei.²⁹⁹ Oberlercher hing und hängt nach wie vor der Überzeugung an, dass die Revolutionäre erst zum Schluss auftreten würden, um die Revolution zu beenden. Derart musste ihm Mahlers Gang als Aktionismus erscheinen. Gleichzeitig suchte er so die angenehmere Alternative: Während Mahler wegen seiner weiteren Auslassungen vor Gericht in dem gemeinsamen Prozess zu einer neunmonatigen Haftstrafe verurteilt wurde, erhielt Oberlercher lediglich eine Geldstrafe.

2005 trat Oberlercher für die NPD als Direktkandidat bei der Bundestagswahl im Kreis Main-Spessart an. Bis heute hält er an seinen rechtsradikalen Umsturzplänen fest. Die theoretische Arbeit beim Deutschen Kolleg sieht er mittlerweile als abgeschlossen an; nun gelte es, das „System [...] physisch zu enthaupten“.³⁰⁰

besichtigt, Frankfurt a.M. 1997, S. 46; Zitat Wolff: Dokumentation Ostereinsatz der Polizei, Anlage 8, Seite 6, Archiv HIS, Bestand SDS/HH, Ordner 48.

²⁰ In einer Stellungnahme des RCDS hieß es beispielsweise, dass die Äußerungen des Berliner Senats „das Bild eines studentischen Mobs suggeriert, das den tatsächlichen Gegebenheiten nicht entspricht.“ Ferner war von einer „anti-Studentenpsychose“ die Rede. Beschluss des RCDS-FU auf der Mitgliederversammlung vom 05.06.1967, APO-Archiv, Bestand RCDS; Martin Kempe, Die Freiheit, die wir meinen, in: RCDS-Notizen, Nr. 3/1967, S. 6f., APO-Archiv, Ordner Berlin Hochschulen FU, 1965-1986. Vgl. dazu ausführlicher: Seitenbecher, *Revolution*, S. 516ff.

²¹ So ein Jurastudent in einem Brief an seinen Vater, zit. n. Werner Lindner, *Jugendproteste und Jugendkonflikte*, in: Roth/Rucht (Hg.), *Die sozialen Bewegungen*, S. 567. Der *Spiegel* veröffentlichte 1988 eine Statistik, wonach 65 % der damals immatrikulierten Studenten angegeben hätten, sie seien durch die Ereignisse des 2. Juni 1967 entschieden politisiert worden. Vgl.: *Spiegel-Spezial, Die wilden 68er*, Nr. 1/1988, S. 67.

²² Vgl. u.a. die umfangreichen Erhebungen bei: Allerbeck, *Soziologie*, S. 86ff. Zudem existieren etliche weitere Belege dieser Art: Bei einer Urabstimmung der Studentenschaft der FU Berlin in Folge von Disziplinarverfahren stimmten im Mai 1967 zwar 46,1 % für den Kurs des SDS. Trotz dessen Mobilisierung lehnten aber auch 43,3 % der 10.173 teilnehmenden Studenten diesen ab und unterstützten die Maßnahmen des Rektors. Und auch die ca. zehn Prozent der ungültigen Stimmen zeugen eher von Ablehnung des SDS, da sie auf eine Kampagne der Korporierten zurückgehen. Auch nach dem Politisierungsschub durch den 2. Juni 1967 lässt sich ähnliches konstatieren. Bei einer mit der Wahl zum Studierendenparlament verbundenen Abstimmung über die Konzeption der von der Neuen Linken entworfenen „Kritischen Universität“ stimmten fast 45 Prozent der teilnehmenden Studenten – die Wahlbeteiligung lag bei 70 % – gegen das Konzept. An Universitäten in Berlin und Tübingen verweigerten vermehrt Studenten aus Protest gegen die Politik ihres AstA bei ihrer Rückmeldung zum Wintersemester 1968/69 die Zahlung des Pflichtbeitrages zur studentischen Selbstverwaltung. In vielen Universitätsstädten gab es konservative Gegengründungen zum SDS, die wie beispielsweise die ‚Kölner Studenten-Union‘ noch im Wintersemester 1967/68 den Vorsitz des AstA erringen konnten. Vgl. Trau keinem über dreißig, *Analyse der Konventswahlen an der Freien Universität*, in: *Colloquium*, Januar 1968, S. 18; Kein Geld für den AstA, in: *Berliner Morgenpost*, 25.05.1968, S. 2; Fichter/Lönnendonker, *SDS*, S. 157ff. Bartz, *Studenten*, S. 241-256.

²³ Flugblatt, gez. *Vorbereitender Untersuchungs-Ausschuss an der FU*, Juni 1967, abgedruckt in: *Dokumentation FU Berlin, Teil V*, S. 179.

²⁴ Vgl. Fichter/Lönnendonker, *SDS*, S. 160.

²⁵ Rabehl, *Von der antiautoritären Bewegung*, S. 172f.

²⁶ Ders., Brief an seine Mutter „Wally“, 30. Juli 1967, APO-Archiv, Sammlung Rabehl.

²⁷ Zit. n. Block/Schulz, *Anwälte*, S. 73.

²⁸ Vgl. Fichter/Lönnendonker, *Geschichte des SDS*, S. 9 u. 160. Hemler hat dies bereits für München widerlegt: Stefan Hemler, *München '68 – war da was? Überlegungen zur Erforschung der Studentenbewegung anhand bedeutsamer Marginalien*, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, 2/1998, S. 117-136.

²⁹ Fichter/Lönnendonker, *Geschichte des SDS*, S. 128.

³⁰ Am umfassendsten ist noch ein schmales Bändchen damaliger Zeitgenossen: Claudia Thorn (Hg.), „1968“ in Hamburg. Mitglieder des Vereins für Hamburgische Geschichte erinnern sich, Norderstedt 2009. Peter Schütt erbrachte 1968 eine zeitgenössische Darstellung der Vorgänge an der Hamburger Universität, jedoch aus stark subjektiver Sicht eines SDS-Aktivisten. Schütt, *Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4/1968, S. 380-389. Auch die teils unübersichtliche Quellenlage ist für das Desiderat verantwortlich. So finden sich nur lückenhafte Bestände zu Hamburg und insbesondere dem SDS. Auch die ausführliche lokale Berichterstattung bietet erste Ansatzpunkte – wobei insbesondere das „Medienarchiv1968“ des Axel-Springer-Verlags mit fast 800 frei zugänglichen Artikeln des *Hamburger Abendblatts* aus der Zeit von Dezember 1966 bis Dezember 1968 hilfreich ist. Neben diesen Quellen beruhen die folgenden Ausführungen daher im Wesentlichen auf Zeitzeugengesprächen sowie zeitgenössischer Presseberichterstattung. Zumal die Berichterstattung des *Hamburger Abendblatts* keineswegs so kritisch oder gar polemisch war wie die der überregionalen oder Berliner Blätter. Im Gegenteil, wiederholt wurde Verständnis für die Unruhe der Jugend geäußert, u.a. in: *Die Studenten, der Schah und unser Staat*, in: *Hamburger Abendblatt*, 10.6.1967, S. 3. Siehe <http://www.medienarchiv1968.de>

- ³¹ Im SDS war es üblich, dass der Bundesvorsitzende in Frankfurt am Main, der Zentrale des SDS, ansässig war. Analoges praktizierte beispielsweise der RCDS in Bonn.
- ³² Bestätigung finden diese Einschätzungen im Tätigkeitsbericht des Hamburger SDS vom Mai 1967: „Die relative Aktivität einer kleinen Gruppe im SDS beruht auf der relativen Inaktivität einer großen Gruppe im SDS.“ Kurzer Bericht über die Tätigkeit und Untätigkeit des SDS Hamburg in den Frühjahrs-Semesterferien 1967, APO-Archiv, Bestand SDS-Archiv, Ordner BV SDS Gruppen A-H 1966-1967. Interview mit Peter Schütt vom 17.02.2010; Korrespondenz mit Reinhold Oberlercher vom 13.10.2010.
- ³³ Bei allen drei Zitaten ging es um die Negierung der bestehenden Ordnung von Parlamentarismus und Gesetzen. Vgl. Bericht des Bundesministers des Innern, Linksradikalismus in der Bundesrepublik im Jahre 1967, in: APuZ, B30/1968, S. 27.
- ³⁴ Litten, stellvertretender AStA-Vorsitzender 1968, wurde schließlich gar im November 1968 aus dem SHB ausgeschlossen. Ihm wurde eine Bevorzugung des RCDS, interne Intrigen sowie öffentliche Kritik am SHB vorgeworfen. Tatsächlich hatte Litten in einem Interview eine Zusammenarbeit mit dem RCDS angeregt, den er zugleich als diszipliniertesten Studentenverband bezeichnete. Vgl. SHB schloss Jens Litten aus, in: Hamburger Abendblatt, 06.11.1968, S. 3.
- ³⁵ Dabei war dieses Ergebnis im Vergleich zu den angrenzenden Wahlen sogar noch ein Erfolg: Sowohl im Juli 1967 wie auch im Juli 1968 fielen gleich alle Kandidaten des SDS durch (in Hamburg wurde halbjährlich jeweils die Hälfte der 80 Studentenvertreter gewählt). Oberlercher erhielt gerade einmal 13,3 Prozent der Stimmen – jeder Student konnte insgesamt sieben Stimmen vergeben – und hatte damit noch nicht einmal die erforderlichen 15 Prozent, um wenigstens auf die Liste der Nachrücker zu gelangen. Seinen SDS-Kommilitonen gelang zumindest dies. Ergebnis der Wahl zum Studentenparlament im Wintersemester 1967/68 im Wahlkreis 7, Erziehungswissenschaften, Archiv FZH, Signatur 375-535 Universität Hamburg, Studentenparlament. Vgl. auch: Nur die Hälfte ging zur Wahl, in: Hamburger Abendblatt, 10.7.1967, S. 4; Sieg der Reformwilligen, in: ebd., 1.2.1968; Großer Wahlerfolg für die Vorsitzenden des Hamburger AStA, in: ebd., 6.7.1968, S. 3.
- ³⁶ Korrespondenz mit Reinhold Oberlercher vom 13.10.2010. Wenn es nicht anders vermerkt ist, beziehen sich alle folgenden rückblickenden Äußerungen Oberlerchers auf diesen Schriftwechsel.
- ³⁷ Flugblatt AStA-Info Nr. 20, ca. Juli 1969, Archiv HIS, Bestand SDS/HH, Ordner 40. Auch 1977 betonte Oberlercher noch in einer knappen Eigendarstellung, sein Vater sei von den Nazis umgebracht worden. Vgl. Oberlercher, Weltgeist ums Eck. Das Revolutionäre an der Sozialdemokratie, in: Neues Forum, März 1977, Nr. 279, S. 39.
- ³⁸ Ein Onkel soll dabei noch nach 1933 als langjähriges Mitglied des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in eine Straßenschlacht mit der SA involviert gewesen sein. Korrespondenz des Autors mit Reinhold Oberlercher vom 13.10.2010.
- ³⁹ Oberlercher, Grenzverletzung (1964), in: Sleipnir, Nr. 3/1996, S. 2. Bemerkenswert an dem Gedicht ist auch die Passage über seinen Vater: Hier ist noch nicht vom Mord durch die Nationalsozialisten die Rede. Vielmehr wirkt es so, als sei sein Vater im Krieg gefallen.
- ⁴⁰ Vgl. Klaus Rainer Röhl, Fünf Finger sind keine Faust, Köln 1974, S. 9ff., 32, 90ff. und 129ff.
- ⁴¹ Vgl. Schütt, Von Basbeck, S. 66 u. 84f. Vgl. auch ders., letztes Gefecht, S. 17ff.
- ⁴² Korrespondenz mit Reinhold Oberlercher vom 13.10.2010. Vgl. auch Oberlercher, 68er-Wortergreifung, S. 31. Peter Schütt bezeichnete Oberlercher – bzw. in einer literarischen Verfremdung dort „Oberkirchner“ genannt – in den 90er Jahren rückblickend als „Wortführer der Revoluzzerfraktion“ und kommt damit Oberlerchers Selbstdeutung nahe. Die Selbstzuordnung Oberlerchers zur „Dutschke-Fraktion“ hat allerdings auch mit dem gemeinsamen biographischen Hintergrund zu tun: Bis heute rekurriert Oberlercher auf die identische Herkunft der „Mitteldeutschen“ und „DDR-Kinder“. Rabehl kannte Oberlercher von den Delegiertenkonferenzen und äußerte, dass dieser dort tatsächlich immer im Sinne ihrer Fraktion abgestimmt habe. Ideologisch sei er jedoch sehr exaltiert gewesen und habe immer eine eigenständige Auffassung vertreten. Schütt, Notlandung, S. 153. Interview mit Bernd Rabehl vom 22.03.2011.
- ⁴³ Besonders prekär erscheint die Ausweisung vor dem damaligen Bürgerkrieg in Nigeria/Biafra. Lange galt Ifeobu als verschollen oder tot. Neben der Beteiligung an einer ungenehmigten Demonstration wurde ihm vorgeworfen, einem Demonstranten ein Messer gegeben zu haben, der damit einen Polizisten verletzt haben soll. Außerdem soll er selbst handgreiflich geworden sein und Polizisten u.a. als „SS-Schergen“ beschimpft haben. Im Zuge der Prozesse um die Demonstration – gegen mehrere weitere Teilnehmer wurde ermittelt – stellte sich jedoch die Unglaubwürdigkeit der Vorwürfe heraus: Der Hauptbelastungszeuge war zum damaligen Zeitpunkt betrunken, mehrere Angaben erwiesen sich als

vollkommen falsch. Der SPD-geführte Senat hielt jedoch weiterhin an der Richtigkeit der Ausweisung fest, während die CDU wie auch die Öffentlichkeit – inklusive Springers *Hamburger Abendblatt* – diese frühzeitig harsch kritisierte. Trotz aller Solidarisierungen mit Ifeobu erhielt dieser erst im November 1968 die Erlaubnis zur Rückkehr. Vgl. Demonstrant per Flugzeug abgeschoben, in: *Hamburger Abendblatt*, 21.02.1967, S. 3; Alwin Bellmann, Manchen Zeugen bieten einen Strauß von widersprüchlichen Darstellungen, in: ebd., 19.04.1968, S. 3; ders., Ifeobu, das Opfer falscher Anklagen, in: ebd., 19.10.1968, S. 5. Aus studentischer Perspektive: Lizenzierte Freiheit. Obi Ifeobu und das Ausländergesetz, in: *auditorium*, Nr. 46, Mai 1967, S. 7.

- ⁴⁴ Vgl. AStA-Vertreter verließen die Sitzung, in: *Hamburger Abendblatt*, 17./18.12.1966, S. 5.
- ⁴⁵ Welche Bedeutung der Hamburger Demonstration zukam, zeigt schon die Anekdote, dass selbst Rudi Dutschke am 2. Juni 1967 in Hamburg weilte, um die Demonstration des nächsten Tags mit vorzubereiten – und von den Geschehnissen vor der Deutschen Oper in West-Berlin so überhaupt nichts mitbekam. Auf dem Schah-Happening am 2. Juni im Universitätsviertel sprach neben Dutschke auch Bahman Nirumand. Vgl. Dutschke, Tagebucheintrag vom 2. Juni 1967, in: ders., *Jeder hat sein Leben*, S. 39.
- ⁴⁶ Korrespondenz mit Reinhold Oberlercher vom 13.10.2010. Selbst Rudi Dutschke kritisierte sich rückblickend dafür, dass er nach dem 2. Juni 1967 nicht das Leid der Familie des Opfers Ohnesorgs wahrnahm. Insofern war dieser tatsächlich eine Art benötigter Märtyrer. Vgl. Karl, Dutschke, S. 168f.
- ⁴⁷ Neben der wohl typisch hanseatischen Liberalität gegenüber der spezifischen „Frontstadtstimmung“ West-Berlins weist dies noch auf etwas anderes hin, was bisher in Bezug auf „1968“ kaum berücksichtigt wurde: Der Verlauf der Bewegung in den einzelnen Städten hing stark von den vor Ort handelnden Personen ab. Erst dies erklärt, warum beispielsweise auch in Frankfurt eine deutlich radikalere Bewegung als auch eine dieser gegenüber kritischere Öffentlichkeit vorherrschte, in München wiederum der dortige Polizeipräsident Schreiber stattdessen eine auf Deeskalation angelegte Strategie der Polizei anordnete und selbst mit Erfolg wiederholt das Gespräch mit den Studenten suchte. Hier sollten künftige Studien zum Thema 1968 ansetzen. Vgl. zu den Schilderungen über Hamburg: Studentenschaft und Polizei wollen zu vernünftigen Spielregeln kommen, in: *Hamburger Abendblatt*, 14.06.1967; Erste Aussprache führte nicht zum Kern der Probleme, in: ebd., 06.02.1968, S. 6; zur Hamburger CDU: Studenten und CDU: Wir bleiben in Kontakt, in: ebd., 24./25.06.1967, S. 5; Rollmann stellt sich hinter die Studenten, in: ebd., 26.04.1968, S. 9. Bemerkenswert bzgl. des Kurses des *Hamburger Abendblatts* gegenüber den Studenten ist die Ausgabe vom 8./9. Juli 1967: Wohl um jegliche radikale Polarisierung zwischen der Bevölkerung und der Studentenschaft gleich im Keim zu ersticken, druckte man auf der Titelseite als Aufmacher fünf Farbfotos von Studenten, versehen mit der Bildunterschrift: „Junge energische Menschen in Hamburg: Es sind Studenten, die lernen wollen und müssen, voll wachen Misstrauens und manchmal unbehquem, aber beileibe keine ‚Lebensmuffel‘“. Vgl. *Hamburger Studenten*, in: ebd., 08./09.07.1967, S. 1. Ähnlich auch: Demokratisierung, in: ebd., S. 16.11.1967; Kühler Sommer – heißer Winter, in: ebd., 23.07.1968, S. 2. Vgl. zu München: Hemler, München '68, S. 117-136.
- ⁴⁸ Helga Kutz-Bauer, „Was wollen Sie denn hier?“, in: Thorn (Hg.), „1968“ in Hamburg, S. 23.
- ⁴⁹ Diese wiederholte Kritik an zu radikalen Aktionen der Studenten seitens offizieller Studentenvertreter ist wohl auch ein weiterer Grund für die fehlende Frontstellung zwischen den Studenten und der Öffentlichkeit. So verwahrte sich der SHB-geführte AStA ausdrücklich gegen „spektakuläre direkte Aktionen“. Zit. n.: Mehrheit lehnte AStA-Sturz ab, in: *Hamburger Abendblatt*, 10.7.1968, S. 4.
- ⁵⁰ Zit. n.: Wissmann-Denkmal sollte umgestürzt werden, in: *Hamburger Abendblatt*, 09.08.1968, S. 4. Die Urteile im Wissmann-Prozess: 300 DM Geldstrafe, in: ebd., 12.11.1968, S. 5. Vgl. ausführlicher zum Wissmann-Sturz: Seibert, *Vergessene Proteste*, S. 51-58.
- ⁵¹ Vgl. Schütt, Von Basbeck, S. 77 u. 112-117.
- ⁵² Vgl. Denkmalstürzer sind noch immer unbekannt, in: *Hamburger Abendblatt*, 05.10.1967, S. 3.
- ⁵³ Auch Schütt erinnert sich, dass Oberlercher Wissmann innerhalb des SDS gar als „tapferen deutschen Hauddegen“ und Guerillakämpfer verteidigt habe, führt dies aber auf dessen ironisch-provokative Art zurück. Korrespondenz mit Reinhold Oberlercher vom 13.10.2010; Interview mit Peter Schütt vom 17.02.2010.
- ⁵⁴ Zit. n.: „Ich habe mich in der Erregung hinreißen lassen, in: *Hamburger Abendblatt*, 16.11.1968, S. 3. Die historische Bedeutung des 9. Novembers, insbesondere die Reichspogromnacht vom 9. November 1938, spielte jedoch wohl keine Rolle für die Parole. Nirgends lassen sich Bezüge darauf finden. Oberlercher schrieb rückblickend, er sei damals beim Betreten des Audimax wegen vorangegangener Aktionen des SDS sofort von der Politischen Polizei festgenommen und für den Verlauf der Feier in die Dozentengarderobe gesperrt worden. Bestätigung findet dies bei Schütt. Vgl. Oberlercher, *68er Wortergreifung*, S. 30;

- Schütt, Entwicklung, S. 386; Studenten schockieren Professorenschaft, in: Hamburger Abendblatt, 9.11.1967, S. 1.
- ³⁵ Ausführlicher heißt es bei ihm gar: „Ich selbst [...] war der Theoretiker des Hamburger SDS und Auslöser des Hamburger Universitätsaufstandes, der die gesamte Systemkritik der 68er theoretisch vollendete.“ Oberlercher, 68er Wortergreifung, S. 28. Schon 1977 schrieb Oberlercher, er habe „vermittels einer Vorlesungsrezension die studentische Massenbewegung in Hamburg ausgelöst“. Ders., Weltgeist, S. 39.
- ³⁶ Beispiel einer solchen abstrakten Kritik war die Artikelserie Peter Schütts im Mai und Juni 1967: Schütt, Sturz der Ordinarien, in: auditorium, Nr. 46, Mai 1967, S. 3-5; ders., Sturz der Ordinarien (II), in: auditorium, Nr. 47, Juni 1967, S. 7-10.
- ³⁷ Vgl. Seminarrezension, in: FU-Spiegel, Nr. 57, Mai 1967, S. 12f.
- ³⁸ „Auf Grund der unterstellten fehlenden Wissenschaftlichkeit schrieb Oberlercher auch von der „Unmöglichkeit einer Rezension“: Oberlercher, Wenke – oder die Unmöglichkeit einer Rezension, in: auditorium, Nr. 50, November 1967, S. 11.
- ³⁹ Korrespondenz mit Reinhold Oberlercher vom 13.10.2010.
- ⁴⁰ Vgl. Oberlercher, Von der Idee als System, in: Sleipnir, Nr. 2/1999, S. 7.
- ⁴¹ Ders., Ein letztes Wort von O., in: auditorium, Nr. 51, Dezember 1967, S. 8.
- ⁴² So heißt es bei Maschke über Prof. Arno Mulot, der in den 30er Jahren Lyrik im Sinne des NS bewertete: „[D]enn es ist nicht einzusehen, dass ein Mann, der sich in den dreißiger Jahren als verantwortlicher Intellektueller für den ideologischen Überbau des Hitler Regimes einsetzte und als intelligenter Mann mit den Wölfen heulte –, dass diesem Mann ein Gesinnungswechsel zuzutrauen ist, der imstande wäre, eine neue Machtergreifung zu verhindern.“ Hier scheint auch Maschkes damalige Überzeugung der fortdauernden faschistischen Strukturen durch. Maschke/Specht, Bekenntnisse eines Unpolitischen, S. 14.
- ⁴³ Antrag zur Vollversammlung am 17.11.1967, Archiv FZH, Bestand 375-535.
- ⁴⁴ Erklärung des AStA „Wer kritisiert wird rausgeschmissen“, Dezember 1967, Archiv FZH, Bestand 375-536; Im Streit um Oberlercher verhärteten sich die Fronten, in: Hamburger Abendblatt, 13.12.1967, S. 5.
- ⁴⁵ Hintergrund war ein Aufruf des Rektors „zur Beseitigung der Störer beizutragen.“ Dies würde schließlich unter das „Recht der Notwehr“ fallen. Zit. n.: Ursula Weiner, Der Rektor schloss das Audimax, in: Hamburger Abendblatt, 05.01.1968, S. 3. Vgl.: Flugblätter des LSD vom 05.01.1968 und des SDS vom 08.01.1968, Archiv HIS, Bestand SDS/HH, Ordner 46; Schütt, Entwicklung, S. 384f.
- ⁴⁶ Irre geworden, in: Der Spiegel, 18.12.1967, Nr. 52/1967. Ursula Weiner, Wieder wurde das Audimax zum brodelnden Kessel, in: Hamburger Abendblatt, 08.12.1967, S. 4; Brief von Peter Schütt an die Kommune I vom 10.12.1967, Archiv HIS, Bestand SAK 130,02. Der Vergleich mit Fritz Teufel scheint noch am ehesten zu passen. Für Schütt war Oberlercher ein „Spaßvogel“ und „Krachmacher“. Tatsächlich wollte die Kommune I schon im Oktober 1967 Oberlerchers Adresse von Schütt haben, es kam zu einem Briefkontakt. Oberlercher sah in der Kommune ein gewisses Vorbild. Ganz Hamburg sollte nach seinen Vorstellungen in Kommunen aufgelöst werden, jegliche Familienbände abgeschafft werden. So sollte der Revolutionär nicht länger durch private und emotionale Angelegenheiten abgelenkt werden und sich komplett auf den politischen Umsturz konzentrieren können. Vgl.: Brief von Oberlercher an die Kommune I vom 22.10.1967, Archiv HIS, Bestand SAK 130,02. Interview mit Peter Schütt vom 17.02.2010.
- ⁴⁷ Brief von Peter Schütt an die Kommune I vom 10.12.1967, Archiv HIS, Bestand SAK 130,02.
- ⁴⁸ Oberlercher hielt seinen Schritt schlicht für unüberlegt. Durchaus interessant ist Oberlerchers Antwort in der *Welt der Literatur*: Zu Marx und Hegel, die er ständig lese, käme noch Spinoza hinzu. Die Symbiose aus Marx und Hegel sollte bis in die Gegenwart eine Konstante bei Oberlercher bleiben. Brief von Arie Goral an den SDS Hamburg, 21.12.1967; Brief vom SDS an Arie Goral, 13.01.1968, Archiv HIS, Bestand Arie Goral, GOR 167,40 u. GOR 161,43-49; Vgl. Die Welt der Literatur, 21.12.1967, S. 10.
- ⁴⁹ Schütt benannte Oberlerchers Selbstbezeichnungen als „völlig übertrieben“. Oberlercher gab zudem selbst zu, dass er für sein Theoriewerk „Neue Hamburger Taktik“, auf die er sich sonst gern beruft, im SDS verspottet wurde. Darin ging es um die Erreichung neuer Massen und die Schaffung einer permanenten Revolution im Sinne Maos, was Oberlercher durch die Zusammenlegung des Aufstands der Jugend mit einem noch zu forzierenden Aufstand der Alten – „krückenschwingende Rentner“ – erreichen wollte. Interview mit Peter Schütt vom 17.02.2010; Korrespondenz mit Reinhold Oberlercher vom 13.10.2010. Vgl. Oberlercher, 68er Wortergreifung, S. 30.
- ⁷⁰ Vgl. Die „Erstürmung“ des Rathauses fand nicht statt, in: Hamburger Abendblatt, 19.1968, S. 3. Auch Peter Schütt sprach unabhängig von der Kenntnis des Artikels aus der Springer-Presse davon, dass Oberlercher von niemanden ernst genommen worden sei und auf teach-ins und Vollversammlungen während seiner Reden meist ausgelacht wurde. Interview mit Peter Schütt vom 17.02.2010.

- ⁷¹ Leserbrief Klaus Schedukat, in: auditorium, Nr. 52, Januar/Februar 1968, S. 2.
- ⁷² Studentisches Flugblatt „Vorlesung“ vom 14.12.1967, Archiv FZH, Bestand 375-55.
- ⁷³ Die Studenten der Neuen Linken machten Rektor Ehrlicher wegen dessen Aufforderung zur Notwehr für diesen Aufruf verantwortlich. Unter „Direkter Aktion“ verstand der NHB u.a., Oberlercher unter Gewaltandrohung aus Wenkes Seminar vertrieben zu haben. Auch der Republikanische Studentenbund Deutschlands (RSD) des Rechtsextremisten Jürgen Rieger rief in Flugblättern zur „Selbsthilfe“ und zu „direkten Aktionen“ auf. Flugblatt des NHB „Wie der AStA studentische Interessen (ver)tritt“; Flugblatt des NHB „Und wieder auf dem Rücken der Studenten“; Flugblatt des RSD „Stürzt die Linksextremisten! Alle Macht der studentischen Mehrheit!“, je Dezember 1967, Archiv FZH, Bestand 374-612 u. 374-619.
- ⁷⁴ Flugblatt des SDS vom 25.1.1968; AStA-Info Nr. 26, 26.1.1968, Archiv FZH, Bestand 374-615 u. 375-536. Ehrlicher hatte es zuvor allen Studenten untersagt an Veranstaltungen Wenkes teilzunehmen, sofern sie nicht für diese eingeschrieben waren. Zeitweise hatten über 400 nichteingeschriebene Studenten teilgenommen. Vgl. Demonstration gegen Disziplinarverfahren, in: Hamburger Abendblatt, 1.2.1968, S. 3.
- ⁷⁵ Vgl. Klaus Oehler, Blicke aus dem Philosophenturm. Eine Rückschau, Hildesheim 2007, S. 240.
- ⁷⁶ Oberlercher, 68er Wortergreifung, S. 31.
- ⁷⁷ Ders., Ein letztes Wort, S. 8. Dieses Durchbrechen eines vermeintlichen Schweigens – der „Entworfung“ und die Benennung vermeintlicher Missstände – bezeichnet Oberlercher bis heute als die „68er Wortergreifung“. Die Erreichung der eigenen Ziele kann man demnach nur offensiv durch deren explizite Benennung erreichen. Vgl. ders., 68er Wortergreifung.
- ⁷⁸ Vgl. Schütt, Entwicklung, S. 383; ders., Benno v. Wiese. Porträt eines Doyens, in: Karlheinz Deschner (Hg.), Wer lehrt an deutschen Universitäten?, Wiesbaden 1968, S. 143-170; Demonstration gegen Disziplinarverfahren, in: Hamburger Abendblatt, 1.2.1968, S. 3; Hofstädter stellte sich Kritik, in: ebd., 7.2.1968, S. 8.
- ⁷⁹ Professor Oehler protestiert gegen faschistischen Terror. Offener Brief an Bürgermeister Drexelius, in: Die Welt (Hamburger Ausgabe), 12.6.1969; Vgl.: Oehler, Blicke, S. 222ff. u. 230f.
- ⁸⁰ Zit. n.: Thielicke: Auch damals fing es mit Terror an, in: Hamburger Abendblatt, 12.12.1967, S. 3.
- ⁸¹ Oberlercher, Das Kapitalunser, in: Garstige Weihnachtslieder von Hamburg linksliterarisch, Archiv HIS, Sammlung Peter Schütt. Weit über die Grenzen Hamburgs bekannt wurde der Vorfall, weil sich eine Debatte über die Teilnahme von Bundeswehrsoldaten am gleichen Gottesdienst entwickelte. Während der SDS Thielicke vorwarf, die Kirche mittels Soldaten zu schützen, wandte dieser ein, lediglich einem befreundeten General gegenüber seine Sorge über mögliche Störungen geäußert zu haben, worauf dieser mit Freiwilligen in zivil am Gottesdienst teilgenommen habe. Jedoch war nicht die Teilnahme der Soldaten entscheidend für die Wirkungslosigkeit der Aktion: Bei jedem Störungs- und Diskussionsversuch setzte der Orgelspieler ein und Gemeindegewand überbortete die Rufe. Vgl. auch: Peter Stolt, Die Kirche blieb nicht ungeschoren – Erinnerungen aus der Evangelischen Jugend, in: Thorn (Hg.), „1968“ in Hamburg, S. 41ff; Schütt, Von Basbeck, S. 122f.; „Soldaten wurden nicht in die Kirche gerufen“, in: Hamburger Abendblatt, 23.01.1968, S. 3.
- ⁸² Vgl. Schütt, Von Basbeck, S. 133ff.; ders., Gefecht, S. 22; Klaus Barthelmes, Literatur als Waffe, in: Blinkfüer, Nr. 2/1968, 11.1.1968, S. 8.
- ⁸³ Korrespondenz mit Reinhold Oberlercher vom 13.10.2010.
- ⁸⁴ Oberlercher selbst jedoch gibt heute an, dass Hochschulpolitik für ihn damals überhaupt keine Rolle gespielt habe. Bezogen auf die Forderung nach Hochschulreformen trifft dies auch zu. Wenn er dies jedoch als ein „Spezialgebiet für Taktiker der sogenannten massenwirksamen Anknüpfungspunkte“ bezeichnet, müsste er sich auch selbst darunter einordnen. Verstand er den akademischen Umsturz doch als Beginn des gesamtgesellschaftlichen. Trotz der kritischen Fokussierung auf die damalige Hochschulsituation bezeichnet er seine damalige Studiensituation als „paradiesisch“ und „reiner Humboldt: Einsamkeit und Freiheit inmitten der geistigen Turbulenzen der Zeit.“ Korrespondenz mit Reinhold Oberlercher vom 13.10.2010.
- ⁸⁵ Oberlercher, Pädagogische Kalamitäten, in: auditorium, Nr. 49, Oktober 1967, S. 11.
- ⁸⁶ Ders., Strategie des pädagogischen Umsturzes, in: auditorium, Nr. 59, Januar/Februar 1969, S. 4.
- ⁸⁷ Ders., Pädagogische Kalamitäten, S. 11.
- ⁸⁸ Karl Rainer Fabig/Oberlercher, Die Zukunft der Universität, in: Kursbuch, Nr. 14, 1968, S. 119.
- ⁸⁹ Oberlercher, Strategie des pädagogischen Umsturzes, S. 4.
- ⁹⁰ Korrespondenz mit Reinhold Oberlercher vom 13.10.2010.
- ⁹¹ Die Studenten müssten zu eigener wissenschaftlicher Arbeit befähigt werden. Prüfungen würden dann durch die Erarbeitung neuer theoretischer Konzepte ersetzt. Ders., Zur Dialektik von Forschung und Lehre, in: auditorium, Nr. 53, Juni/Juli 1968, S. 5. Vgl. auch Fabig/Oberlercher, Zukunft, S. 116ff.

- ⁹² Oberlercher, Kritische Leerstühle, in: auditorium, Nr. 51, Januar/Februar 1968, S. 12. Die Kritische Universität war einerseits als Gegenveranstaltung zum gängigen universitären Betrieb gedacht – hier sollte jene kritische Theorie vermittelt werden, mit derer man die Gesellschaft verändern wollte –, andererseits auch als Anschluss an die Arbeiter: Ihre Zentren sollten sie in Gegenden mit hohem Arbeiteranteil haben. So sollte der Arbeiterschaft der Gang an die Universität ermöglicht und zugleich ihre vermeintliche Manipulation durch die Herrschenden aufgehoben werden.
- ⁹³ Fabig/Oberlercher, Zukunft, S. 116.
- ⁹⁴ Oberlercher, Zur Dialektik, S. 5.
- ⁹⁵ Einen bloßen studentischen Streik verwarf Oberlercher, dies sei wie jeder andere Streik nur eine bloße Negation. Ihm ging es stattdessen darum, sich die „Produktionsmittel der Universität anzueignen“. Ebd.
- ⁹⁶ Ders., Strategie des pädagogischen Umsturzes, S. 5.
- ⁹⁷ Ders., Zur Dialektik, S. 5; Fabig/ders., Zukunft, S. 119. Das Originalzitat aus: Che Guevara, Mensch und Sozialismus auf Kuba, Köln/München 1966, S. 47. Interessant ist die Übernahme des Zitats auch, weil Oberlercher in den 90ern stets den Vorrang der Gemeinschaft vor der Gesellschaft proklamierte.
- ⁹⁸ Oberlercher, Strategie, S. 5.
- ⁹⁹ Brief von Reinhold Oberlercher an die Kommune I von 22.10.1967, Archiv HIS, Bestand SAK 130,02.
- ¹⁰⁰ Ders., Kommunismus und Weibergemeinschaft, in: auditorium, Nr. 58, Dezember 1968, S. 15 (Hervorhebung durch den Autor).
- ¹⁰¹ U.a. wegen Hausfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Zudem hatte Oberlercher am 31.1.1969 auf einer Veranstaltung „Für Demokratie und Mitbestimmung – Gegen Neofaschismus und Vorbeugehaft“ zu geschlossenen Aufmärschen in den Innenstadt aufgerufen. Vgl. Protokoll des Kriminalobermeisters Klaus-Uwe Burmeister 25.2.1969, Archiv HIS, Sammlung J. Klein: SDS Hamburg 1968-1969; Flugblatt Tatbestand, 7.7.1969, Archiv HIS, Bestand SDS/HH, Ordner 19.
- ¹⁰² Ders., Strategie, S. 4f.
- ¹⁰³ Generell unterschied Schütt zwischen dem klassenbewussten und auf die Arbeiterschaft fokussierten Flügel, deren Zentren er in Köln, Marburg und Bonn verortete und zu dem er sich selbst zählte, und dem antiautoritären Flügel. Letzterem sprach er die demokratische Legitimation ab. Denn während die Traditionalisten ihre Führungspersonlichkeiten ordnungsgemäß und demokratisch wählen würden, seien die Antiautoritären „an magischen Idolfiguren orientiert“, deren Autorität jeder Kontrolle entzogen wäre – eine unverhohlene Kritik Schütts an Dutschke, ohne diesen in diesem Kontext direkt zu nennen. Schütt, Erhebliche Differenzen, Ein Bericht über die SDS-Konferenz, in: Blinkfüer, Nr. 15 u. Nr. 16, 11.04.1968 u. 18.04.1968, S. 9 u. 8; Vgl. auch ders., Von Basbeck, S. 124f; Wer bezahlt die Linken, in: Capital, Nr. 4, April 1968, S. 42-50.
- ¹⁰⁴ Zudem würde mit der Kastrationsdrohung exakt jener repressive Mechanismus reproduziert werden, mit dem die männlichen Genossen erzogen worden seien, was „Scheiße“ sei. Die Frauenbewegung würde also gegen die antiautoritären Errungenschaften stehen. Diskussionsbeitrag Oberlercher auf der SDS-Delegiertenkonferenz im November 1968 in Hannover, abgedruckt in: Wolff/Windaus (Hg.), Studentenbewegung 1967-69, S. 224. Flugblatt Rechenschaftsbericht des Weiberrats, APO-Archiv, Sammlung Fichter.
- ¹⁰⁵ Oberlercher, Kommunismus und Weibergemeinschaft, S. 15. Auch rückblickend schrieb Oberlercher, dass er den Feminismus als „Konterrevolution“ gegen die Ideale von 1968 empfand, da dieser das weibliche Geschlecht an Stelle des Volkes als revolutionäres Subjekt gesetzt habe. Korrespondenz mit Reinhold Oberlercher vom 13.10.2010. Eine völlig gegensätzliche Auffassung vertrat dagegen schon 1967 sein Hamburger SDS-Genosse Peter Schütt, der den Antifeminismus mit dem Antisemitismus verglich. Vgl. Schütt, Sturz der Ordinarien (II), S. 8.
- ¹⁰⁶ Bahman Nirumand/Eckhard Siepmann, Die Zukunft der Revolution, in: Kursbuch 14, 1968, S. 88.
- ¹⁰⁷ X — Jürgen Habermas, Referat auf dem Kongress „Bedingungen und Organisationen des Widerstandes“ in Hannover, 9. Juni 1967, in: Bernward Vesper (Hg.), Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongress in Hannover. Protokolle, Flugblätter, Resolutionen, Berlin 1967, S. 42-48.
- ¹⁰⁸ Hans-Jürgen Krahl, Diskussionsbeitrag auf dem Hannoveraner Kongress vom 9.6.1967, in: ebd., S. 71f. Reimann erklärt sich den Vorwurf Krahls durch ein akustisches Missverständnis, so dass aus masochistisch faschistisch wurde. Vgl. Reimann, Kunzelmann, S. 164.
- ¹⁰⁹ Habermas, Diskussionsbeitrag auf dem Hannoveraner Kongress vom 09.06.1967, in: Vesper (Hg.), Bedingungen, S. 75.
- ¹¹⁰ Dutschke, Referat auf dem Hannoveraner Kongress vom 09.06.1967, in: ebd., S. 78-82.
- ¹¹¹ Habermas, Reaktion auf das Referat Dutschkes auf dem Hannoveraner Kongress vom 09.06.1967, in: ebd., S. 100f. Auch Habermas hatte zwischenzeitlich bereits den Kongress verlassen und den Kongress im Autoradio weiter verfolgt. Dutschkes Ausführungen ließen ihn jedoch wieder umkehren.

Fußnoten/Quellen zu Teil II (Reinhold Oberlercher – Vom Marxismus zur Ausrufung des Vierten Reichs)

- ²¹⁷ „Wortergreifung ist immer Vorbedingung der Machtergreifung.“ Oberlercher, Zerlegung der Lage, in: Staatsbriefe, Nr. 1/1993, S. 26. Vgl. auch ders., Deutschlands Zukunft, in: Staatsbriefe, Nr. 5/1996, S. 24. Schon 1972 hatte Oberlercher im gleichen Sinnzusammenhang geschrieben: „Bezeichnet also das Programm das nächste historische Ziel des proletarischen Kampfes, so ist die Propagierung dieses Programms und das Aufzeigen des inneren Zusammenhangs der proletarischen Tagesforderungen mit den programmatischen Forderungen zugleich das Hauptmittel zur Erreichung des Ziels.“ Ders., Thesen zur proletarischen Revolution, in: Theorie und Klasse, Nr. 1, März 1972, S. 3.
- ²¹⁸ Ders., in: „Nur unsere Widersprüche sind Zeichen der Wahrheit“, S. 4.
- ²¹⁹ Ders., in: „Ideologisch vermintes Gelände“, S. 37.
- ²²⁰ Jörg Lau, Die Verräter sind unter uns, in: Die Zeit, 22.04.1999, S. 19. Ähnlich auch Jesse, für den Mahler der „ideelle Universalextremist“ ist: Jesse, Mahler, S. 190.
- ²²¹ Ein Umstand, auf den auch seine zeitgenössischen Begleiter wiederholt hinwiesen, so u.a.: Zahl, Antwort an Horst Mahler, in: Pflasterstrand, Nr. 45, Januar 1979, S. 26-29; Fried, in: ders., Gehirnverschmutzung und Irrsinn, in: Der Lange Marsch, Nr. 42, 1979, S. 6; Agnoli, Kurze Studie über einen Fall. Johannes Agnoli zur „Kanonischen Erklärung“ von Horst Mahler u.a., in: Jungle World, 17.02.1999; Schneider, Rebellion, S. 149 u. 342. Siehe auch Kapitel V.2.c in dieser Arbeit.
- ²²² Bis heute hängt er der Überzeugung an, dass die Mehrheit der Deutschen so denken würde wie er. Doch die „sanfte Diktatur“ der Bundesrepublik verhindere deren zu Wort kommen. Mahler/Schönhuber, Selbsthass, S. 134.
- ²²³ Mahler, Revolutionäre Manager, S. 33. So würden die Menschen die Reichsidee bisher nur ablehnen, weil sie falsch dargestellt werden würde; ders., in: Friedman, So spricht man mit Nazis (online).
- ²²⁴ Wie sehr er revisionistischer Literatur einen maßgeblichen Stellenwert zumaß, wird durch seine Hoffnung deutlich, dass Skinheads eines Tages ihre Baseballschläger in die Ecke stellen und „ernsthaft für Deutschland [...] kämpfen“ würden. Voraussetzung sei dafür das Studium revisionistischer Literatur. Mahler/Schönhuber, Selbsthass, S. 16.
- ²²⁵ Ders., in: „Nur unsere Widersprüche sind Zeichen der Wahrheit“, S. 4.
- ²²⁶ Ders., Zum Selbstverständnis des Deutschen Kollegs, S. 4.
- ²²⁷ Oberlercher, Weltgeist ums Eck, S. 39.
- ²²⁸ Ders., Theorien über die Arbeitskraft in der neueren Geschichte des pädagogischen und philosophischen Denkens, Hamburg 1975.
- ²²⁹ Korrespondenz mit Reinhold Oberlercher vom 13.10.2010.
- ²³⁰ Oberlercher, Zur Kritik der pädagogischen Linken, in: Theorie und Klasse, Nr. 3, September 1972, S. 1. Vgl. auch: ders., Die Frankfurter Schule und die Naturdialektik, S. 1-7.
- ²³¹ Ders., Die Carl-Schmitt-Falle, in: Staatsbriefe, Nr. 10/1993, S. 36. Vgl. auch ders., 68er Wortergreifung, S. 29. Dort ist u.a. von der „Frankfurter (Juden) Schule“ die Rede, welche nicht Ideengeber, sondern Feind der 68er-Bewegung gewesen sei. Auch Mahler richtete sich in den 90ern gegen die Frankfurter Schule. So hätte diese eine deutschen-feindliche Bildungspolitik errichtet. In der Verbindung von Judentum und amerikanischen Exil repräsentierten Adorno und Horkheimer die Symbiose des jüdisch-amerikanischen Feindbildes Mahlers. Vgl. Mahler/Schönhuber, Selbsthass, S. 90.
- ²³² Ders., Zur Kritik der pädagogischen Linken, S. 15.
- ²³³ Ders., Thesen zur allgemeinen Didaktik der Wissenschaftsdidaktik, in: Theorie und Klasse, Nr. 3, September 1972, S. 16.
- ²³⁴ Vgl. ders., Editorial, in: Theorie und Klasse, Nr. 1, März 1972, S. 1; ders., Thesen zur proletarischen Revolution in der BRD, S. 2-4.
- ²³⁵ Vgl. ders., Zur Kritik des KBW-Programms, S. 14.
- ²³⁶ Ders., Die programmatischen Forderungen der Arbeiterklasse, S. 7; ders., Dialektik im chinesisch-sowjetischen Konflikt, in: Theorie und Klasse, Nr. 2, Juni 1972, S. 42 (Hervorhebung im Original).
- ²³⁷ Ders., Hegels Dialektik von Herr und Knecht, in: Theorie und Klasse, Nr. 7, Oktober 1974, S. 29. Vgl. auch: ders., Dialektik in Formeln. Logik der bestimmten Negationen, in: Theorie und Klasse, Nr. 9, Oktober 1975, S. 1. Zu einer ähnlichen Wertung kam er auch noch 1998: ders., Der deutsche Idealismus, in: Sleipnir, Nr. 4/1998, S. 9.
- ²³⁸ Vgl. Mahler/Schönhuber, Selbsthass, S. 31-39, 121 u. 185.
- ²³⁹ Oberlercher, Der deutsche Idealismus, S. 12.
- ²⁴⁰ Bestätigung habe er in dem Ende der DDR und im „Sieg des Kapitalismus“ gefunden. Ders., Von der Idee als System, S. 7.

- ²⁴¹ Ders., Der deutsche Idealismus, S. 7-14 (hier S. 7). Unter seinem Nationalmarxismus versteht er den vollendeten Marxismus, „der die Nationalökonomien, die Nationalstaaten und die Nationalbewusstseine zu ihrem Weltsystem zusammengeführt hat.“ Alle sozialen Systeme würden ein Gesamtsystem bilden. Korrespondenz mit Reinhold Oberlercher vom 13.10.2010.
- ²⁴² Ders., Die programmatischen Forderungen, S. 4ff. (Hervorhebung im Original). An der allgemeinen Volksbewaffnung hält Oberlercher auch heute noch fest, denn ein unbewaffnetes Volk sei auf lange Sicht ein unfreies Volk: Vgl. ders., Kommentar zum Programm der Reichsdeutschen Bewegung, S. 4f.
- ²⁴³ Ders., Zur Kritik des KBW-Programms, S. 16-25. Vgl. auch ders., Hoch die Arbeitslosen! Das Recht der industriellen Reservearmee auf Unterhalt und Unterhaltung, in: Neues Forum, Nr. 282/283, Juni/Juli 1977, S. 29-31.
- ²⁴⁴ Ders., Das Wesen der Gewerkschaften (I), in: Theorie und Klasse, Nr. 6, Mai 1974, S. 19-26. Vgl. auch ders., Das Wesen der Gewerkschaften (II), in: Theorie und Klasse, Nr. 7, Oktober 1974, S. 1-21; ders., Gewerkschaften als Kartelle. Eine marxistische Gewerkschaftstheorie, in: Neues Forum, Nr. 288, Dezember 1977, S. 45-47. Zur SPD: ders., Weltgeist ums Eck, S. 40.
- ²⁴⁵ Vgl. ders., Hoch die Arbeitslosen, S. 31.
- ²⁴⁶ Ders., Der Rechtsstaat ist ein Papiertiger, in: Neues Forum, Nr. 284/285, August/September 1977, S. 11.
- ²⁴⁷ Biogramm Oberlerchers, in: ders., Weltgeist ums Eck, S. 39.
- ²⁴⁸ So schrieb Wolfgang Michal an Nennung, dass dieser mit Oberlercher aus dem *Neuen Forum* eine „Totengräberschule“ mache: Wie man Revolution macht, indem man den Kapitalismus unterstützt. Briefwechsel zwischen Wolfgang Michal, Günter Nennung und Reinhold Oberlercher, in: Neues Forum, Nr. 299/300, November/Dezember 1978, S. 7f.
- ²⁴⁹ Oberlercher, Weltgeist, S. 40 u. 39 (in Reihenfolge der Zitate).
- ²⁵⁰ Ders., Gewerkschaften als Kartelle, S. 45.
- ²⁵¹ Ders., Weltgeist, S. 39.
- ²⁵² Ebd., S. 39. Vgl. auch: ders., Nieder mit dem Stamokap! in: Neues Forum, Nr. 286, Oktober 1977, S. 17.
- ²⁵³ Ders., Es lebe der Imperialismus!, in: Neues Forum, Nr. 293/294, Mai/Juni 1978, S. 13.
- ²⁵⁴ Ders., Hoch die Arbeitslosen!, S. 30.
- ²⁵⁵ Ders., Wer nicht hören will, muss fühlen, in: Staatsbriefe, Nr. 8-9/1992, S. 57.
- ²⁵⁶ Ders., Manifest deutscher Anarchisten, in: direkte aktion (Hamburg), Nr. 26, März 1981, S. 10. Für die FAU war Oberlercher damit bereits im „Anarcho-Faschismus“ angekommen: Antifa-Komitee der FAU, Krieg den Molchen, in: direkte aktion (Hamburg), Nr. 26, März 1981, S. 10.
- ²⁵⁷ 1980 gab es etwa 107.000 Anträge von Asylbewerbern, noch im Vorjahr waren es nur etwas mehr als 50.000. Bereits seit Mitte der 70er Jahre war die Zahl stetig gestiegen. Vgl. die Zahlen des Bundesministerium des Innern: http://www.zuwanderung.de/ZUW/DE/Zuwanderung_hat_Geschichte/Zeitstrahl/Zeitstrahl_node.html; Stand: 27.10.2012.
- ²⁵⁸ Oberlercher, Systemlinge im Abwehrkampf, in: Staatsbriefe, Nr. 2/1994, S. 39.
- ²⁵⁹ Ders., Die Schöne mit der Hässlichen, in: Rheinischer Merkur, 13.01.1989, S. 18. Genauso auch in den 90ern: ders., Das ABC der politischen Begriffe, in: Staatsbriefe, Nr. 6/1994, S. 29.
- ²⁶⁰ Mahler, Offener Brief an Daniel Goldhagen, S. 42.
- ²⁶¹ Mahler/Schönhuber, Selbsthass, S. 219. Die französische Revolution verdammt er mittlerweile als „Schrecken der Gleichheit“. Ebd., S. 224.
- ²⁶² Oberlercher, 13 Thesen zum Parteienstaat, in: Criticon, Nr. 109, 1988, S. 239-241 (hier S. 240). Ähnlich auch bereits in: ders., Gedanken zur Erneuerung des deutschen Parteiensystems, in: Junges Forum, Nr. 5-6/1986.
- ²⁶³ Zit. n. Hans-Jürgen Leersch, „In dem Sieg der Studenten von 1968 steckte gleichzeitig eine Niederlage“. Ehemaliger SDS-Theoretiker gibt Rückblick – Deutschland neues Thema?, in: Münchner Merkur, 2. Juni 1987, S. 4. Hieraus wird auch deutlich, dass Oberlercher Ende der 80er die 68er-Bewegung noch keineswegs als nationalrevolutionär begriff; unterschied er doch ausdrücklich zwischen kultur- und nationalrevolutionär.
- ²⁶⁴ Oberlercher, 13 Thesen, S. 240. Vgl. hierzu auch den Artikel über die Gruppe 146 unter: <http://www.nadir.org/nadir/archiv/Antifaschismus/Organisationen/Hochschulgruppen/All146.html>; Stand: 27.10.2012.
- ²⁶⁵ Hans-Dietrich Sander, Jahrgang 1928, kam selbst von der Linken. In den 50er Jahren bekannte er sich offen zum Kommunismus und siedelte in die DDR über, brach auf Grund der dortigen Erfahrungen aber noch 1957 rigoros mit dem Kommunismus und kehrte in die Bundesrepublik zurück. Dort war er fortan im rechtskonservativen Spektrum der *Welt* zu finden. Ab den 70er/80er Jahren galt Sander als Protagonist der politischen Rechten.

- ²⁶⁶ Oberlercher, Reichsverfassungsentwurf (RVerfE), in: Staatsbriefe, Nr. 1/1992, S. 23.
- ²⁶⁷ Ebd., S. 23 u. 26. Generell verfiel Oberlercher immer wieder in die von Victor Klemperer so bezeichnete *Lingua Tertii Imperii* (LTI), beispielsweise wenn er vom Anarchismus als „parasitäre Entartung“ sprach oder den Kampf gegen die „ethnische Verschmutzung“ propagierte: ders., Das ABC, S. 28; ders., August 1999, in: Slepniir, Nr. 6/1999, S. 7.
- ²⁶⁸ Ders., Entwurf einer neuen Volkswirtschaft, in: Staatsbriefe, Nr. 2/1997, S. 6f. (hier S. 7).
- ²⁶⁹ Ders., Deutschlands Zukunft, S. 23.
- ²⁷⁰ Ders., Die Zerstörung der Demokratie durch die Verfolgung der Patrioten, in: Staatsbriefe, Nr. 4/1997, S. 10.
- ²⁷¹ Ders., Topographischer Anhang zur Strategieskizze, in: Staatsbriefe, Nr. 2/1994, S. 4.
- ²⁷² Ders., Der Gang der Geschichte, in: Staatsbriefe, Nr. 11/90, S. 30f. Vgl. auch ders., Zur Lehre vom Gemeinwesen, in: Staatsbriefe, Nr. 6/1990, S. 21. Oberlercher begründete seine Reichsidee mit seinen Hegelschen Verständnis des Deutschen Idealismus und der damit implizierten Berufung auf Gott: „Der Gott des Abendlandes muss sich wieder zum obersten Herrn der Welt erheben und die Götter des Orients unterwerfen. Das Heilige Deutsche Reich zu erneuern setzt voraus, dass das Allerheiligste des deutschen Volksgeistes restauriert wird: der Deutsche Idealismus.“ ebd., S. 21.
- ²⁷³ Ders., Flandernschlacht, in: Staatsbriefe, Nr. 5/1991, S. 35f. Auch England sah er künftig wieder als niedersächsische Westmark. Ders., Vorherrschaft und Vorknechtschaft, in: Staatsbriefe, Nr. 10/1995, S. 31.
- ²⁷⁴ In Reihenfolge: ders., Das ABC, S. 35; ders., Vorherrschaft und Vorknechtschaft, S. 30.
- ²⁷⁵ Ders., Zerstörung der Demokratie, S. 9.
- ²⁷⁶ Weiter heißt es bei ihm: „Es kann nicht im Interesse des deutschen Geistes sein, sich in den Kampf, der zwischen den Ideologen der Gesellschaft und denen der Gemeinschaft tobt, hineinziehen und von einer Seite vereinnahmen zu lassen.“ ders., Zur Lehre vom Gemeinwesen, S. 18. Vgl. auch ders., Vergemeinschaftung der Gesellschaft, in: Staatsbriefe, Nr. 3/1990, S. 13-15.
- ²⁷⁷ Vgl. zur Rechten: Schmidt, Hitlers und Maos Söhne, S. 82-93. Exemplarisch für Oberlercher ist die erste Ausgabe seiner Zeitschrift *Theorie und Klasse* vom März 1972, in dem sich der Begriff der Gesellschaft durch all seine Schriften zieht.
- ²⁷⁸ Vgl. Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 250ff.
- ²⁷⁹ Oberlercher, Strategieskizze, S. 7. Der negative Höhepunkt waren die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen vom 22.-26.8.1992, als mehrere hundert Rechtsextreme unter dem Beifall von Schaulustigen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber angriffen und ein Wohnhaus in Brand setzten, in dem sich noch über 100 Vietnamesen befanden. Oberlercher bezog sich explizit auf diesen Vorfall.
- ²⁸⁰ Ders., Wer nicht hören will, muss fühlen, S. 57. Freilich sah sich Oberlercher auch in der Propagierung des Rassenkampfes als Verfechter des Guten, schließlich ginge es ihm nur um die Erhaltung „des lieben Rassenfriedens“... ders., Grundkurs Philosophie, in: Slepniir, Nr. 5/1997, S. 11.
- ²⁸¹ Vgl. Breuer, Anatomie, S. 104-114; Ottmann, Geschichte des politischen Denkens. Bd. 4/1, S. 148f.
- ²⁸² „Mit der Jugend damals wurde diskutiert“. Der Ex-68er Günter Maschke über Jugendgewalt, die Kampagne gegen Rechts und das geistige Klima in Deutschland, in: Junge Freiheit, Nr. 35/2000, 25.08.2000.
- ²⁸³ Ders., Entwurf eines Hunderttage-Programms der nationalen Notstandsregierung in Deutschland mit einer Bitte um Kritik, in: Staatsbriefe, Nr. 1/1993, 7f. Auch Anfang der 70er Jahre war die Lösung der Wohnungsproblematik bereits zentral für ihn; nur damals wollte er sie über die Auflösung der Bürokratie lösen, nicht mittels der Ausländerabschiebung. Ders., Thesen zur proletarischen Revolution, S. 6.
- ²⁸⁴ Ders., Strategieskizze, S. 6.
- ²⁸⁵ Ders., Das doppelte Ab, Abwahl und Abgang, in: Staatsbriefe, Nr. 10/1997, S. 12.
- ²⁸⁶ Ders., Entwurf eines Hunderttage-Programms, S. 10.
- ²⁸⁷ Ebd., S. 7ff.
- ²⁸⁸ Ebd., S. 7.
- ²⁸⁹ Ders., Strategieskizze, S. 7. An anderer Stelle schrieb er von der Möglichkeit der „Liquidierung der deutschen Kollaborateure (also der Träger des Bonner Systems)“. Ders., Zur Kritik an den hundert Punkten, in: Staatsbriefe, Nr. 3/1993, S. 4.
- ²⁹⁰ Ders., Entwurf eines Hunderttage-Programms, S. 9. Humanismus ist für Oberlercher der Versuch, „den Menschen als solchen systematisch ohne Gott zu denken“ – und sei deshalb nichts anderes als „nackte Bestialität“, die Herrschaft des Tieres. Der Rassismus würde dagegen die Überwindung des Humanismus bedeuten. Ders., Thesen über Rassismus, S. 43.
- ²⁹¹ Ders., Zur Kritik an den hundert Punkten, S. 5.
- ²⁹² Mahler/Schönhuber, Selbsthass, S. 90f.

- ²⁹³ Mahler/Oberlercher/Meenen, Deutsches Kolleg – Ausrufung des Aufstandes der Anständigen, in: Sleiþnir, Nr. 32/2001, S. 6.
- ²⁹⁴ Oberlercher, Offenkundigkeiten, in: Sleiþnir, Nr. 2, 1995, S. 9. Dort verteidigte er auch die Holocaust-Leugnung: Diese könne keine Offenkundigkeit sein, da sie sonst nicht strafrechtlich geschützt werden müsse.
- ²⁹⁵ Ders., Über Adorno, das Judentum und die Deutschen, in: Sleiþnir, Nr. 2, 1995, S. 16.
- ²⁹⁶ Wie sehr Oberlercher auf Mahler wirkte, wird im Gesprächsband zwischen Mahler und Schönhuber deutlich. Wiederholt bezieht sich Mahler namentlich auf Oberlerchers Theorien. Vgl. u.a. Mahler/Schönhuber, Selbsthass, S. 90f. u. 191.
- ²⁹⁷ Vgl. u.a. Ders., Grundkurs Philosophie, S. 10-14; ders., Deutschlands Zukunft, S. 23. Die gesammelten „Schulungstexte“ finden sich unter: <http://web.archive.org/web/20071215124936/http://www.deutsches-kolleg.org/schulungen/index.htm>; Stand: 27.10.2012.
- ²⁹⁸ Vgl. Mahler/Oberlercher/Meenen, Deutsches Kolleg – Ausrufung des Aufstandes, S. 2-13.
- ²⁹⁹ Korrespondenz des Autors mit Reinhold Oberlercher vom 13.10.2010.
- ³⁰⁰ „Rechtsvölker sind immer im Recht!“ Hegel, die NPD und die Arbeiterklasse: Die Deutsche Stimme im Gespräch mit Dr. Reinhold Oberlercher, in: Deutsche Stimme, 06.09.2010.
- ³⁰¹ Vgl. Mahler/Schönhuber, Selbsthass, S. 57 u. 203.
- ³⁰² In Reihenfolge: Rabehl, Außerparlamentarische Massenaktion und parlamentarische Taktik, S. 8; ders., zit. n.: Unter der Decke der Normalität knistert es gewaltig. In Loccum warben Altlinke, Aktive von 1968 und Alternative um den richtigen Begriff von der Jugend, in: Frankfurter Rundschau, 26.06.1982, S. 3; ders., Verschlingungen, S. 28; ders./Walter Famler, Alternativ mit allen Spinnereien, in: Neues Forum, Nr. 364/365, April/Mai 1984, S. 45.
- ³⁰³ Ders., Wahlrausch, in: Der Lange Marsch, Nr. 36, Juli/August 1978, S. 7.
- ³⁰⁴ Vgl. ders./Famler, Alternativ, S. 45.
- ³⁰⁵ Rabehl, in: Das Ende der Dämonisierung. Vgl. auch ders., Die Faschismusjäger, S. 37 u. 45.
- ³⁰⁶ Ders., Sozialdemokratismus, S. 5.
- ³⁰⁷ Ders., Konstellation 1967/68: Zur Politikkonzeption des SDS (1. Teil), in: Sklaven-Aufstand, Nr. 51/1998, S. 13.
- ³⁰⁸ Ders., Konstellation 1967/68 (Schluss), S. 10.
- ³⁰⁹ Wie sehr in die Frage der Demokratie zu diesem Zeitpunkt umtrieb, wird auch durch seine Lehrveranstaltungen deutlich; dabei galt ihm die westliche Demokratie zunehmend als korrupt: Im Wintersemester 1999/2000 bot er ein Hauptseminar mit dem Titel „Wieviel Kritik verträgt unsere Demokratie? Zur linken und rechten Parlamentarismuskritik“ an, im folgendem Sommersemester 2000 zum Thema „Zur aktuellen Parlamentarismus- und Demokratiekritik“. Im Wintersemester 2001/02 lautete der Titel seines Seminars „Korruption als Phänomen der Ökonomisierung von Politik“, im Sommersemester 2003 veranstaltete er schließlich ein Seminar namens „Auf der Suche nach der „politischen Klasse“: Öffentlicher Dienst, Parteiendemokratie und das Problem der Korruption – neue Aspekte einer Parlamentarismuskritik“. Sammlung der Vorlesungsverzeichnisse der FU Berlin, Universitätsarchiv FU Berlin.
- ³¹⁰ Ders., in: Streitgespräch zwischen Richard Stöss und Bernd Rabehl, „Ich bin kein Nationalist!“, in: osi zeitung, Nr. 39, Juni 1999, S. 7, APO-Archiv, Bestand Rabehl.
- ³¹¹ Ders., Rudi Dutschke, S. 58-64 u. 81 (hier S. 81).
- ³¹² Ders., Nationalrevolutionäres Denken, S. 39 (wie Anm. 20).
- ³¹³ Ders., Rudi Dutschke, S. 60f., 63 u. 68f.
- ³¹⁴ Vgl. Stöss, in: Streitgespräch zwischen Richard Stöss und Bernd Rabehl, „Ich bin kein Nationalist!“, in: osi zeitung, Nr. 39, Juni 1999, S. 7, APO-Archiv, Bestand Rabehl; Funke, Rechtsextrem, S. 10 (wie Anm. 32); Jander/ Maischein, Renationalisierung, S. 15f. (wie Anm. 103).
- ³¹⁵ Schrenck-Notzing, Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Stuttgart, 1965.
- ³¹⁶ Vgl. Rabehl, Rudi Dutschke, S. 71f.
- ³¹⁷ Vgl. ders., Anschlag, S. 42f. (wie Anm. 28); ders., in: Streitgespräch zwischen Richard Stöss und Bernd Rabehl, „Ich bin kein Nationalist!“, in: osi zeitung, Nr. 39, Juni 1999, S. 7, APO-Archiv, Bestand Rabehl.
- ³¹⁸ Maschke beruft sich dabei auf Bakunin; seine linke Vergangenheit bleibt auch hier präsent. „Mit der Jugend damals wurde diskutiert“. Der Ex-68er Günter Maschke über Jugendgewalt, die Kampagne gegen Rechts und das geistige Klima in Deutschland, in: Junge Freiheit, Nr. 35/2000, 25.08.2000.
- ³¹⁹ Ders., „Verräter schlafen nicht“, S. 152.
- ³²⁰ Vgl. ebd., S. 129; ders., Wer Menschheit sagt, will betrügen: Jürgen Habermas, Präzeptor und Gouvernante, wird 75, in: Junge Freiheit, Nr. 26/2004, 18.06.2004.